

2023

GESCHÄFTSBERICHT 2023

ARAG SE | JAHRESABSCHLUSS UND LAGEBERICHT



INHALTSVERZEICHNIS

ÜBERBLICK ÜBER DIE GESELLSCHAFT	3	Anhang	32
I. Profil des ARAG Konzerns	4	III. Allgemeine Angaben	32
II. Kennzahlen	5	IV. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.....	33
<hr/>		V. Angaben zur Aktivseite der Bilanz	40
LAGEBERICHT	6	VI. Angaben zur Passivseite der Bilanz	44
I. Grundlagen der Gesellschaft	7	VII. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung.....	47
II. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen.....	8	VIII. Sonstige Angaben.....	49
III. Geschäftsverlauf.....	9	IX. Nachtragsbericht.....	53
IV. Abhängigkeitsbericht und Beziehungen zu verbundenen Unternehmen	17	X. Ergebnisverwendung.....	54
V. Prognose-, Chancen- und Risikobericht	17	<hr/>	
<hr/>		WEITERE INFORMATIONEN	55
JAHRESABSCHLUSS	25	I. Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers.....	56
I. Jahresbilanz.....	26	II. Bericht des Aufsichtsrats	62
II. Gewinn- und Verlustrechnung.....	30	III. Impressum.....	65



ÜBERBLICK ÜBER DIE GESELLSCHAFT



I. Profil des ARAG Konzerns

Überblick

Der ARAG Konzern ist das größte Familienunternehmen in der deutschen Assekuranz und der weltweit größte Rechtsschutzversicherer. Bei seiner Gründung vor über 85 Jahren war das Unternehmen rein auf den Rechtsschutz ausgerichtet. Heute positioniert sich die ARAG als innovativer Qualitätsversicherer – international und unabhängig. Zusätzlich zum Rechtsschutzgeschäft bietet sie in Deutschland auch leistungsfähige, bedarfsorientierte Produkte und Services in den Bereichen Gesundheit und Komposit an. Neben dem spartenübergreifenden Wachstum im deutschen Markt setzt das Unternehmen zudem gezielt auf Wachstumspotenziale im internationalen Rechtsschutzgeschäft.

Die ARAG SE verantwortet die operative Konzernführung sowie das operative Rechtsschutzgeschäft national und international. Für die anderen Geschäftsbereiche und deren operative Führung sind die ARAG Versicherungs- und Dienstleistungsgesellschaften verantwortlich. Die vermögensverwaltende ARAG Holding SE bildet das gesellschaftsrechtliche Dach des Konzerns mit seinen Tochter- und Enkelgesellschaften.

Rechtsschutzversicherung

Im Kernsegment Rechtsschutz wächst die ARAG national und international dynamisch und gestaltet ihre Märkte mit innovativen Produkten sowie Services maßgeblich mit. Das internationale Rechtsschutzgeschäft ist das größte Konzerngeschäftsfeld. Weltweit hilft der Konzern seinen Rechtsschutzkunden jährlich in über einer Million Fällen und leistet seinen Beitrag, damit mitunter existenzielle Rechtsprobleme gelöst werden.

Personenversicherung

Mit einer breiten Palette leistungsstarker Produkte unterstreicht die ARAG Krankenversicherungs-AG im Markt der privaten Krankenversicherung ihre Rolle als einer der besten Anbieter von Krankenvoll- und Krankenzusatzversicherungen. Beim Thema Altersvorsorge rundet der ARAG Stammvertrieb sein Angebot erfolgreich mit den Produkten eines Kooperationspartners ab.

Kompositversicherung

Der Kompositversicherer ARAG Allgemeine Versicherungs-AG beweist sich in seinem hart umkämpften Markt als wettbewerbsfähiger Anbieter von Sach-, Haftpflicht- und Unfallversicherungen. Mit bundesweit über 20 Millionen versicherten Breiten- und Spitzensportlern ist die Gesellschaft auch Deutschlands größter Sportversicherer. Die Tochtergesellschaft Interlloyd ergänzt das Konzernportfolio als attraktiver Maklerspezialist im Gewerbe- und Privatkundensegment.



II. Kennzahlen

Kennzahlen

(in Tausend Euro)	2023	2022	2021
Umsätze			
Gebuchte Bruttobeiträge	1.232.716	1.169.859	1.092.403
Verdiente Beiträge für eigene Rechnung (f. e. R.)	1.225.696	1.155.709	1.076.242
Aufwendungen			
Aufwendungen für Versicherungsfälle f. e. R.	626.490	574.355	555.394
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb f. e. R.	540.444	512.188	484.434
Ergebnisübersicht			
Versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R.	41.521	55.563	26.535
Kapitalanlageergebnis	52.371	34.560	64.823
Sonstiges Ergebnis	-49.643	-48.710	-45.373
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	44.248	41.413	45.985
Jahresüberschuss	21.883	21.654	23.491
Versicherungstechnische Rückstellungen/Verdiente Beiträge (netto)	144,0%	145,4%	149,5%
Eigenkapital/Verdiente Beiträge f. e. R.	41,9%	44,3%	47,4%
Kennzahlen			
Schadenquote (Basis: Verdiente Beiträge)	51,1%	49,7%	51,6%
Kostenquote (Basis: Verdiente Beiträge)	44,1%	44,3%	45,0%
Nettoverzinsung	2,2%	1,5%	2,9%
Laufende Durchschnittsverzinsung	2,2%	2,9%	1,7%



LAGEBERICHT



I. Grundlagen der Gesellschaft

Geschäftsmodell der Gesellschaft

Der ARAG Konzern ist das größte Familienunternehmen in der deutschen Versicherungswirtschaft und der weltweit größte Rechtsschutzversicherer. National werden durch die jeweiligen Konzerngesellschaften weitere Versicherungszweige im Krankenversicherungs-, Sach-, Haftpflicht- und Unfallversicherungsgeschäft betrieben. Dienstleistungs- und Vermittlungsgesellschaften ergänzen das Leistungsangebot des ARAG Konzerns und unterstützen die operativen Versicherungsgesellschaften. Derzeit ist der Konzern inklusive Deutschland in insgesamt 19 Ländern über Niederlassungen, Gesellschaften und Beteiligungen aktiv.

Die ARAG SE ist der weltweit größte Rechtsschutzversicherer. Im Fokus des Rechtsschutzversicherers stehen dabei Produktkonzepte sowohl für Privatkunden als auch für kleinere Gewerbebetriebe.

Auf internationalen Märkten wird im Zusammenhang mit dem Rechtsschutzversicherungsgeschäft auch Reiseversicherungsgeschäft betrieben.

Darüber hinaus ist die ARAG SE als operative Führungsgesellschaft des ARAG Konzerns tätig. In dieser Eigenschaft hält sie eine Mehrheitsbeteiligung an der ARAG Krankenversicherungs-AG und an der ARAG Allgemeine Versicherungs-AG, die das Kranken- und das Kompositversicherungsgeschäft betreiben. Deren Versicherungsprodukte werden durch den Stammvertrieb der ARAG SE neben den eigenen Rechtsschutzpolicen vermittelt; hinzu kommen Versicherungsprodukte konzernfremder Versicherungsunternehmen zur Abrundung des Angebots, etwa im Bereich Lebensversicherung.

Geschäftsgebiet

Das Geschäftsgebiet der ARAG SE erstreckt sich auf die Länder Deutschland, Österreich, Belgien, Spanien, Griechenland, Italien, die Niederlande, Portugal, Slowenien und das Vereinigte Königreich. Außerhalb Deutschlands wird das Geschäft der ARAG SE durch Niederlassungen betrieben.

Über rechtlich selbstständige Verbundunternehmen, die unter einheitlicher Leitung der ARAG SE als Muttergesellschaft stehen, wird das Rechtsschutzgeschäft darüber hinaus in den USA sowie in Norwegen und über Niederlassungen der norwegischen Tochtergesellschaft auch in Schweden und in Dänemark betrieben. Über die Tochtergesellschaft ARAG Allgemeine Versicherungs-AG wird Rechtsschutzgeschäft und rechtsschutznahes Beistandsleistungsgeschäft in Großbritannien und in der Republik Irland betrieben. Mit Wirkung zum 2. Januar 2024 schloss die ARAG SE den Erwerb der DAS UK ab. Dadurch wird sich das Rechtsschutzversicherungsgeschäft im Vereinigten Königreich im laufenden Geschäftsjahr stark ausweiten. Demgegenüber ist das englische Geschäft über die Niederlassung der ARAG Allgemeine Versicherungs-AG zum Ende des Geschäftsjahres 2023 ausgelaufen.

Über die Beteiligung an einem assoziierten Rechtsschutzversicherungsunternehmen ist die ARAG SE auch in der Schweiz tätig. In Großbritannien, in Kanada, Australien und in der Republik Irland vermittelt jeweils ein Konzernunternehmen Rechtsschutzgeschäft sowie rechtsschutznahes Schutzbriefgeschäft als Intermediär an konzernfremde Erstversicherer, das als Rückversicherungsquote partiell durch die ARAG SE übernommen wird. Darüber hinaus besteht eine Beteiligung an einer Rechtsschutzversicherungsgesellschaft in Luxemburg.



Versicherungszweige und Versicherungsarten

Der Geschäftsbetrieb der Gesellschaft erstreckt sich im selbst abgeschlossenen Geschäft im Versicherungszweig Rechtsschutzversicherung auf die nachstehenden Versicherungsarten:

- Rechtsschutzversicherung nach den Allgemeinen Bedingungen für die Rechtsschutzversicherung (ARB) (unter anderem Verkehrs- und Familien-Rechtsschutzversicherung)
- Vermögensschaden-Rechtsschutzversicherung für Aufsichtsräte, Beiräte, Vorstände, Unternehmensleiter und Geschäftsführer (VRB)
- Spezial-Straf-Rechtsschutzversicherung für Unternehmen
- Übrige und nicht aufgegliederte Rechtsschutzversicherung

Daneben bestehen insbesondere bei den europäischen Niederlassungen Rechtsschutzverträge im Rahmen des übernommenen Geschäfts, die jedoch wie selbst abgeschlossenes Geschäft abgewickelt werden. Die ARAG SE betreibt zudem außerhalb Deutschlands in zunehmendem Umfang aktives Rückversicherungsgeschäft mit Dritten. Dieses schließt auch das After-The-Event(ATE)-Geschäft für Rechtsstreitigkeiten ein. In Spanien und Italien werden neben dem Rechtsschutzgeschäft auch Policen zur finanziellen Abmilderung der Folgen eines Führerscheinverlusts angeboten. Daneben umfasst das Geschäft in Spanien und Portugal auch Reiseversicherungen.

II. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Das Geschäft der deutschen Versicherer war im abgelaufenen Geschäftsjahr 2023 von diversen Faktoren in unterschiedlichen Intensitäten beeinflusst.

Der Anfang 2022 auf dem Staatsgebiet der Ukraine gestartete Offensiv-Krieg der Russischen Föderation hat zu unverändert starken gesellschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Belastungen geführt. Der Krieg im Nahen Osten zum Jahresende hat die globale Situation noch weiter verschärft. Insbesondere die Energie- und Rohstoffpreise lagen auf einem anhaltend hohen Niveau. Sowohl der Konsum als auch die Investitionen von privaten Haushalten und Investitionen von Unternehmen insbesondere im Euroraum wurden hierdurch beeinflusst. Kaufkraftverluste und ansteigende Verbraucherpreise waren Folge dieser politischen Unsicherheiten. Angesichts hoher Verbraucherpreise haben die Zentralbanken weltweit die Leitzinsen weiter angehoben, um der Inflationsdynamik entgegenzuwirken. Seit Jahresbeginn erhöhte die Europäische Zentralbank (EZB) die Leitzinsen in kleiner werdenden Schritten auf bis zu 4,5 Prozent. Die Phase der Zinsanhebung wurde jedoch im letzten Quartal des Berichtsjahres ausgesetzt, da diese in den vergangenen Monaten erste Wirkung zeigte und sich die Inflationsraten wieder rückläufig entwickelten. Die Experten des deutschen Sachverständigenrats gehen für das Berichtsjahr 2023 von einer im Vorjahresvergleich leicht niedrigeren nationalen Teuerungsrate der Verbraucherpreise von etwa 6,1 Prozent (Vj. 6,9 Prozent) aus.

Die Lage im Hinblick auf die COVID-19-Pandemie in Deutschland hat sich in 2023 weiter spürbar entspannt. Dennoch wird die allgemeine Entwicklung weiterhin laufend beobachtet, um bei Bedarf unternehmensbezogen jederzeit schnell und angemessen reagieren zu können.



Versicherungswirtschaft

Auf Basis vorläufiger Informationen des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) wird für das Geschäftsjahr 2023, trotz der Folgen der weiterhin hohen Inflation, der Konflikte in der Ukraine und im Nahen Osten sowie der Nachwirkungen der abklingenden COVID-19-Pandemie, mit einer stabilen Geschäftsentwicklung der deutschen Versicherungswirtschaft gerechnet. Über alle Versicherungszweige ist ein Beitragsanstieg insgesamt von etwa 1,3 Prozent (Vj. – 0,5 Prozent) zu erwarten. Insbesondere die im ARAG Konzern betriebenen Geschäftsfelder der Schaden- und Unfallversicherung sowie der privaten Krankenversicherung tragen zu diesem Wachstum bei. Im selbst abgeschlossenen Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft erwartet der Gesamtmarkt ein Plus von voraussichtlich 6,7 Prozent (Vj. 4,4 Prozent). Ein wesentlicher Treiber hier ist insbesondere der Versicherungszweig der Verbundenen Wohngebäudeversicherung mit einem Zuwachs von 16,5 Prozent (Vj. 8,9 Prozent), vorrangig begründet durch Beitrags- sowie Indexanpassungen. Aber auch die Rechtsschutzversicherung wächst in 2023 erneut durch höhere Beiträge im Neugeschäft und ein anhaltendes Bestandswachstum um 2,5 Prozent (Vj. 3,4 Prozent). In der privaten Krankenversicherung rechnet der GDV – vorrangig durch Tarifanpassungen in der Pflegeversicherung und Krankheitskostenvollversicherung – mit einem Prämienanstieg von 3,5 Prozent (Vj. 3,7 Prozent).

III. Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf, bezogen auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der ARAG SE, kennzeichnet sich durch die nachfolgenden nicht gewichteten finanziellen Größen. Dabei gelten die Komponenten gebuchte Beiträge und das Vorsteuerergebnis als bedeutsamste Leistungsindikatoren.

Die Darstellung wurde im Vergleich zum Vorjahr geändert. Durch die geänderte Vorgehensweise soll die Klarheit der Berichterstattung verbessert werden. Zudem wird damit eine Vereinheitlichung der Berichterstattung aller Versicherungsunternehmen des ARAG Konzerns realisiert. Dies trägt zu einer effizienteren Erstellung des Lageberichts und zur Verbesserung der Vergleichbarkeit bei.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich zu den mathematisch genauen Werten durch die Darstellung in Tausend Währungseinheiten Rundungsdifferenzen ergeben. Differenzen können in Summen- und in Prozentangaben auftreten.

Ertragslage

Beiträge

Im abgelaufenen Berichtsjahr lagen die gebuchten Bruttobeitragseinnahmen insgesamt bei 1.232.716 T€ nach 1.169.859 T€ im Vorjahr. Davon entfielen 40,5 Prozent auf das nationale selbst abgeschlossene Geschäft, dessen gebuchte Bruttobeitragseinnahmen um 5,9 Prozent von 471.068 T€ auf 498.959 T€ stiegen. Treiber für dieses Wachstum der Prämien sind ein anhaltend hoher Bestandsaufbau durch Neugeschäft und eine geringe Stornoquote von 6,0 Prozent. Die Nachfrage nach Rechtsschutzversicherungspolice n weitet sich vor dem Hintergrund von zunehmenden Unsicherheiten, die durch internationale und nationale Krisen ausgelöst werden, und wegen der durch die Bürokratie zunehmenden Komplexität von Lebenssachverhalten weiter aus.



Die gebuchten Bruttobeitragseinnahmen im übernommenen Geschäft durch das deutsche Stammhaus der Gesellschaft stiegen um 11,7 Prozent von 49.310 T€ auf 55.100 T€. Zurückzuführen war dies vorrangig auf zusätzliches Geschäft aus dem Vereinigten Königreich (+ 21,0 Prozent), das aus der Ende 2023 geschlossenen Niederlassung der ARAG Allgemeine Versicherungs-AG auf einen konzernfremden Versicherer umgedeckt und von dort an die ARAG SE abgetreten wurde. Das übernommene Geschäft von Erstversicherern in Kanada entwickelte sich trotz erfolgter Preiserhöhungen schwächer und wuchs um 2,1 Prozent.

Das internationale Niederlassungsgeschäft führte im abgelaufenen Berichtsjahr zu gebuchten Bruttobeitragseinnahmen von 678.657 T€, was einer relativen Veränderung von + 4,5 Prozent entsprach. Ursächlich hierfür waren vor allem Geschäftsausweitungen durch Neugeschäft und Indexanpassungen in allen Niederlassungen. In Italien ist wegen der Marktkonzentration über Unternehmenserwerbe ein Erstversicherungspartner ausgefallen, wodurch die Beiträge um 2,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesunken sind.

In der Gesellschaft insgesamt verblieben unter Berücksichtigung der Beitragsüberträge und nach Abzug der externen Rückversicherungsanteile verdiente Nettobeiträge von 1.225.696 T€ gegenüber 1.155.709 T€ im Vorjahr.

Die Anzahl der selbst abgeschlossenen Versicherungsverträge mit einer Laufzeit von mindestens einem Jahr belief sich im Geschäftsjahr auf 5.151.089 Stück (Vj. 4.753.824 Stück). Hiervon entfielen 1.900.156 Stück (Vj. 1.806.980 Stück) auf das deutsche Geschäft sowie 3.250.933 Stück (Vj. 2.946.844 Stück) auf das ausländische Niederlassungsgeschäft. Neben den angegebenen Verträgen im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft werden in den ausländischen Niederlassungen über Erstversicherungspartner große Bestände im übernommenen Geschäft gehalten. Dieses Geschäft wird tatsächlich wie selbst abgeschlossenes Geschäft behandelt, da die ARAG sämtliche Leistungen gegenüber dem Kunden selbst erbringt oder vermittelt und bezahlt. Die Form des übernommenen Geschäfts funktioniert hier als Vertriebsweg.

Leistungen an Versicherungsnehmer

Der gesamte Schadenaufwand betrug im Berichtsjahr 626.490 T€ nach 574.355 T€ im Vorjahr.

Die Schadenquote für eigene Rechnung belief sich somit auf 51,1 Prozent (Vj. 49,7 Prozent). Vor dem Hintergrund der Erhöhung der Vertragsstückzahlen, die oftmals zu einer Frequenzerhöhung bei den Schadenmeldungen führt, und der inflationären Preisentwicklung für Gehälter, Güter und Dienstleistungen fällt der Anstieg der Schadenquote moderat aus.

Auf das deutsche selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft entfielen hiervon 300.852 T€ (Vj. 282.739 T€). Dies führte zu einer Schadenquote von 60,4 Prozent (Vj. 60,9 Prozent). Der Rückgang resultierte insbesondere aus einem günstigen Schadenverlauf und dem Ausbleiben von größeren Kumulsachverhalten. Die Inflation wirkt sich derzeit bei der Schadenregulierung noch nicht aus, da die Anwalts- und Gerichtsgebühren in Deutschland reguliert sind.

Der Schadenaufwand in dem durch die Hauptverwaltung in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr 33.103 T€ (Vj. 32.266 T€). Hieraus resultierte eine Schadenquote von 60,1 Prozent (Vj. 65,4 Prozent). Der Grund für den Rückgang sind stagnierende Schadenzahlungen im Berichtsjahr und die Durchführung von zusätzlichen Reservestärkungen für das übernommene ATE-Geschäft aus Kanada im Vorjahr.

Auf das internationale Niederlassungsgeschäft entfielen Aufwendungen von 292.535 T€ (Vj. 259.350 T€). Dies führte zu einer Schadenquote von 43,4 Prozent (Vj. 40,4 Prozent). Zurückzuführen war dieser Anstieg vorrangig auf die Folgen der Inflation bei den Anwaltskosten im Ausland und bei den Personalkosten, die sich sowohl bei den Schadenzahlungen als auch bei der Bemessung der Schadenreserven auswirkten. Zudem wurde in den Niederlanden die Schadenreserve zur Verringerung des Risikos von Abwicklungsverlusten durch inflationäre Tendenzen zusätzlich verstärkt.



Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb stiegen im Berichtsjahr um 5,5 Prozent von 512.188 T€ im Vorjahr auf 540.444 T€ im Geschäftsjahr. Die Kostenquote betrug 44,1 Prozent (Vj. 44,3 Prozent).

Auf das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft der Hauptverwaltung entfielen hiervon 200.265 T€ (Vj. 182.999 T€). Zurückzuführen war diese Veränderung auf den gestiegenen Geschäftsumfang, die damit verbundenen höheren Abschlussaufwendungen sowie auf weitere Investitionen in Unternehmen und Prozesse. Bezogen auf die verdienten Beitragseinnahmen des selbst abgeschlossenen Geschäfts nach Rückversicherung, lag die Kostenquote bei 40,3 Prozent nach 39,4 Prozent im Vorjahr.

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb des durch die Hauptverwaltung in Rückdeckung übernommenen Geschäfts beliefen sich im abgelaufenen Geschäftsjahr auf 14.997 T€ (Vj. 14.974 T€). Hier sind im Wesentlichen Rückversicherungsprovisionen und die Gewährung von Gewinnbeteiligungen im Geschäft aus dem Vereinigten Königreich enthalten. Die Kostenquote dieses Teils des Geschäfts betrug 27,2 Prozent nach 30,4 Prozent im Vorjahr.

Auf das internationale Niederlassungsgeschäft entfielen Kosten in Höhe von 325.182 T€ (Vj. 314.215 T€). Grund für diese Veränderung waren vor allem höhere Abschlusskosten und Gewinnbeteiligungen im übernommenen Geschäft sowie Anpassungen bei den Gehältern als Folge der Inflation. Einsparungen ergaben sich wegen unplanmäßig unbesetzter Stellen. Die Kostenquote dieses Teil des Geschäfts betrug 48,3 Prozent nach 49,0 Prozent im Vorjahr.



Ertragslage nach Herkunft

Der Geschäftsverlauf, aufgeteilt in das nationale und das internationale Geschäft, stellt sich wie nachfolgend dar:

Versicherungsgeschäft National und International

(in Tausend Euro)	National		International		Summe	
	2023	2022	2023	2022	2023	2022
Versicherungstechnische Erträge						
Gebuchte Bruttobeiträge	554.059	520.378	678.656	649.481	1.232.715	1.169.859
Selbst abgeschlossenes Geschäft	498.959	471.068	421.637	389.549	920.596	860.617
Übernommenes Geschäft	55.100	49.310	257.019	259.932	312.119	309.242
Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	- 607	- 549	- 506	- 402	- 1.113	- 951
Veränderung der Nettobeitragsüberträge	- 1.276	- 5.503	- 4.631	- 7.696	- 5.907	- 13.199
Verdiente Beiträge f. e. R.	552.176	514.326	673.519	641.383	1.225.695	1.155.709
Sonstige versicherungstechnische Erträge f. e. R.	1.150	1.038	473	412	1.623	1.450
Summe versicherungstechnische Erträge	553.326	515.364	673.992	641.795	1.227.318	1.157.159
Versicherungstechnische Aufwendungen						
Aufwendungen für Versicherungsfälle f. e. R.	333.955	315.005	292.535	259.350	626.490	574.355
Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Nettorückstellungen	- 21	- 18	36	- 113	15	- 131
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	215.262	197.973	325.182	314.215	540.444	512.188
davon Abschlussaufwendungen	89.919	74.638	57.323	51.723	147.242	126.361
davon Verwaltungsaufwendungen	125.343	123.335	267.859	262.492	393.202	385.827
davon Rückversicherungsanteil	0	0	0	0	0	0
Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen f. e. R.	0	0	0	0	0	0
Summe versicherungstechnische Aufwendungen	549.238	512.996	617.681	573.678	1.166.919	1.086.674
Zwischensumme	4.088	2.368	56.311	68.117	60.399	70.485





Versicherungsgeschäft National und International

(in Tausend Euro)	National		International		Summe	
	2023	2022	2023	2022	2023	2022
Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen	- 3.553	- 3.159	- 15.326	- 11.762	- 18.879	- 14.921
Versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R.	535	- 791	40.985	56.355	41.520	55.564
Erträge aus Kapitalanlagen	70.152	65.546	31.961	12.955	102.113	78.501
Aufwendungen für Kapitalanlagen	46.179	36.374	3.563	7.566	49.742	43.940
Kapitalanlageergebnis	23.973	29.172	28.398	5.389	52.371	34.561
Sonstige Erträge	138.294	133.038	4.415	4.427	142.709 ¹	137.465
Sonstige Aufwendungen	175.965	171.564	16.387	14.612	192.352 ¹	186.176
Sonstiges Ergebnis	- 37.671	- 38.526	- 11.972	- 10.185	- 49.643	- 48.711
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	- 13.163	- 10.145	57.411	51.559	44.248	41.414
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0	0
Ergebnis vor Steuern	- 13.163	- 10.145	57.411	51.559	44.248	41.414
Steueraufwand	775	1.979	21.590	17.780	22.365	19.759
Jahresüberschuss	- 13.938	- 12.124	35.821	33.779	21.883	21.655

¹ Die Hauptverwaltung in Deutschland erbringt Verwaltungsdienstleistungen für die Niederlassungen im Ausland. Diese werden nach der Vollkostenmethode mit Gewinnaufschlag abgerechnet. Da es sich um Innenumsätze handelt, sind sowohl die Erträge aus der Weiterberechnung als auch die dafür entstandenen Aufwendungen für die Darstellung in der Gewinn- und Verlustrechnung zu eliminieren. Für das Berichtsjahr sind dies 10.941 T€ und für das Vorjahr 10.053 T€. Die hier dargestellten Summenwerte weichen daher von denen in der Gewinn- und Verlustrechnung ab.

Rückversicherung

Das Volumen der passiven Rückversicherung, gemessen an den abgegebenen Versicherungsbeiträgen, fiel im abgelaufenen Geschäftsjahr mit 1.113 T€ (Vj. 951 T€) höher aus als im Vorjahr. Wesentliche Modifikationen im Rückversicherungsprogramm ergaben sich nicht. Der Schwerpunkt lag weiterhin auf der Absicherung von Großschaden- und Kumulrisiken durch nicht-proportionale Rückversicherungsverträge. Das Rückversicherungsgeschäft im abgelaufenen Berichtsjahr war insbesondere gekennzeichnet durch einen geringen Umfang von Schadenfällen, die dem Rückversicherungsschutz unterlagen. In Summe stieg das versicherungstechnische Ergebnis der Rückversicherer im Berichtsjahr auf einen Gewinn in Höhe von 1.126 T€ (Vj. Verlust 183 T€).

Versicherungstechnisches Ergebnis

Das versicherungstechnische Ergebnis netto vor Schwankungsrückstellung lag im abgelaufenen Berichtsjahr mit 60.400 T€ (Vj. 70.484 T€) unter dem Vorjahresniveau. Die Schadenkostenquote für eigene Rechnung betrug 95,2 Prozent (Vj. 94,0 Prozent). Der Schwankungsrückstellung wurden aufgrund der Schaden- und Beitragsentwicklung gemäß den Berechnungsvorschriften der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) 18.879 T€ zugeführt (Vj. Zuführung 14.921 T€). Das versicherungstechnische Ergebnis für eigene Rechnung nach Schwankungsrückstellung belief sich im Berichtsjahr insgesamt auf 41.520 T€ (Vj. 55.563 T€).



Kapitalanlageergebnis

Bereits im Vorjahr kam es zu sprunghaften Zinsanstiegen. Dadurch sind massive Wertkorrekturen bei Zinspapieren ausgelöst worden. Zusätzlich kam es durch globale Unsicherheiten wie Kriegsereignisse in mehreren Teilen der Welt und eine dadurch ausgelöste Energiekrise auch bei anderen Wertpapieren zu Abwärtsbewegungen. Die im Geschäftsjahr erfolgten weiteren Zinserhöhungen und die nach wie vor bestehenden Unsicherheiten hatten jedoch einen geringen Einfluss auf die Bewertung der Kapitalanlagen, sodass größere Wertminderungen nicht mehr auftraten. Das Kapitalanlageergebnis der ARAG SE belief sich im Geschäftsjahr auf 52.371 T€ (Vj. 34.561 T€) und veränderte sich somit gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um + 17.810 T€ (+ 51,5 Prozent). Im Berichtsjahr wurden Erträge aus Kapitalanlagen in Höhe von 102.113 T€ gegenüber 78.501 T€ im Vorjahr erzielt. Wesentliche Bestandteile der Erträge sind Beteiligungserträge, Zins- und Dividenderträge aus Wertpapieren und Abgangsgewinne. Die Beteiligungserträge sind gegenüber dem Vorjahr wegen absichtlicher Thesaurierungen in Tochtergesellschaften um 56,2 Prozent gesunken. Aus der Umstrukturierung von Spezialfonds sind Abgangsgewinne in Höhe von 31.537 T€ und Abgangsverluste im Umfang von 5.449 T€ realisiert worden. Durch den Verkauf von Immobilien konnten zudem weitere Abgangsgewinne in kleinerem Umfang erzielt werden. Die Aufwendungen für Kapitalanlagen betragen im gleichen Zeitraum 49.742 T€ (Vj. 43.940 T€). Im Vorjahr wirkten sich die erforderlichen hohen außerplanmäßigen Wertkorrekturen auf Wertpapiere aus. Im Berichtsjahr wurden im Rahmen der Anpassung der Kapitalanlagestruktur Verluste realisiert, um für die Zukunft höhere Coupons bei Zinspapieren zur Verfügung zu haben. Die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen betrug im Berichtsjahr 2,2 Prozent (Vj. 1,5 Prozent), die laufende Durchschnittsverzinsung belief sich auf 2,2 Prozent (Vj. 2,9 Prozent).

Sonstiges Ergebnis

Im sonstigen Ergebnis sind neben den Aufwendungen für das Unternehmen als Ganzes einschließlich der Altersversorgungsaufwendungen für bereits ausgeschiedene oder inaktive Personen auch die Zinsaufwendungen für die Zuführung zur Pensionsrückstellung enthalten. Diesen Aufwendungen stehen keine Erträge gegenüber, sodass sich hier ein hoher negativer Ergebnisbeitrag ergibt. Zudem erbringt die ARAG SE in großem Umfang Verwaltungsdienstleistungen für die anderen Konzernunternehmen. Diese

Leistungen werden verrechnet, sodass ein nahezu ausgeglichener Saldo im sonstigen Ergebnis enthalten ist. Weiterhin werden Vertriebsleistungen für die Vermittlung von Versicherungsverträgen anderer Konzerngesellschaften und von Dritten erbracht. Das Rohergebnis aus diesem Geschäft weist einen positiven Saldo aus. Insgesamt hat sich im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr der Verlustsaldo um 933 T€ (1,9 Prozent) auf – 49.643 T€ verschlechtert. Diese Entwicklung ist wesentlich durch die ungünstigere Entwicklung bei Währungskursen des Euro zum britischen Pfund und zum kanadischen Dollar bedingt.

Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit lag bei 44.248 T€ (Vj. 41.413 T€). Das gute Vorjahresergebnis wurde trotz sich eintrübender Rahmenbedingungen leicht übertroffen.

Außerordentliches Ergebnis

Im abgelaufenen Geschäftsjahr sowie im Vorjahr entstanden keine außerordentlichen Ergebnissachverhalte.

Steueraufwand

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag ergaben einen Aufwand von 21.264 T€ (Vj. 18.825 T€). Zusammen mit den sonstigen Steuern entstand ein Gesamtsteueraufwand von 22.364 T€ (Vj. 19.759 T€). Die Veränderungen zum Vorjahr resultierten im Wesentlichen aus der laufenden Geschäftstätigkeit.

Im Steueraufwand sind Erträge von 188 T€ (Vj. 1.528 T€) aus latenten Steuern enthalten.

Gesamtergebnis

Insgesamt verlief die Geschäftsentwicklung im Berichtsjahr unter Würdigung der Rahmenbedingungen und der finanziellen Leistungsindikatoren erneut sehr positiv.

Nach Berücksichtigung des Steueraufwands wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von 21.883 T€ (Vj. 21.654 T€) erzielt.



Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr steht der Hauptversammlung ein Betrag von 21.923 T€ (Vj. 21.740 T€) zur Entscheidung über die Verwendung zur Verfügung.

Vergleich der Geschäftsentwicklung mit der Prognose

Der Vergleich der Geschäftsentwicklung mit den Aussagen im Prognose- und Chancenbericht des vorherigen Geschäftsberichts zeigt, dass das prognostizierte Wachstum der gebuchten Bruttobeiträge erreicht und sogar leicht übertroffen wurde. Die Schwelle von 1,2 Milliarden € wurde bei den gebuchten Bruttobeiträgen um 32.715,9 T€ überschritten. Die Beitragsveränderung lag mit 5,4 Prozent unterhalb des Wachstums im Vorjahr (7,1 Prozent), was jedoch im letztjährigen Prognosebericht bereits erwartet worden war.

Der Schadenaufwand nach Rückversicherung erhöhte sich im Vergleich zur Vorjahresprognose, da inflationäre Entwicklungen einen größeren Einfluss vor allem im Auslandsgeschäft hatten und zudem weitere Stärkungen der Schadenrückstellungen in einzelnen Geschäftsgebieten erforderlich wurden.

Verglichen mit der Vorjahresprognose sank der Aufwand für den Versicherungsbetrieb nach Rückversicherung leicht ab und erreichte eine Kostenquote von 44,1 Prozent. In der letzten Prognose wurde noch von einem leichten Anstieg ausgegangen.

Das Kapitalanlageergebnis entwickelte sich wie erwartet und stellt sich im Berichtsjahr deutlich besser dar als im Vorjahr.

Wie erwartet lag der Gewinn nach Steuern über dem Niveau des Vorjahres.

Finanzlage

Ziel des Finanzmanagements ist es, durch ausreichende Kapitalausstattung und Liquiditätssteuerung die jederzeitige Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus dem Versicherungsgeschäft sicherzustellen und die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Kapitalausstattung von Versicherungsunternehmen nicht nur zu erfüllen, sondern eine Überdeckung zu erreichen.

Zur jederzeitigen Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen der Gesellschaft stehen neben laufenden Guthaben bei Kreditinstituten und Kassenbeständen in Höhe von 256.500 T€ (Vj. 116.668 T€) insbesondere die an den Kapital- und Finanzmärkten kurzfristig veräußerten Kapitalanlagen zur Verfügung.

Vermögenslage

Die Aufteilung der Kapitalanlagen nach Anlageklassen ergibt sich wie folgt:

Kapitalanlagestruktur

(in Tausend Euro/in Prozent)	2023		2022	
Grundstücke und Bauten	44.893	1,9%	47.869	2,0%
Verbundene Unternehmen und Beteiligungen	470.844	20,2%	446.183	18,8%
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	5.329	0,2%	2.175	0,1%
Aktien und Investmentanteile	662.355	28,4%	632.894	26,6%
Inhaberschuldverschreibungen	790.688	33,9%	833.894	35,1%
Hypotheken-, Grundschuld-, Rentenschuldforderungen	0	0,0%	0	0,0%
Namenschuldverschreibungen	94.000	4,0%	94.511	4,0%
Schuldscheinforderungen, Darlehen	152.898	6,6%	196.851	8,3%
Übrige Ausleihungen	86	0,0%	118	0,0%
Einlagen bei Kreditinstituten	45.026	1,9%	57.030	2,4%
Andere Kapitalanlagen	0	0,0%	0	0,0%
Depotforderungen	65.433	2,8%	65.201	2,7%
Gesamt	2.331.552	100,0%	2.376.726	100,0%

Weitere Informationen zur Entwicklung des Kapitalanlagebestands und zu den Zeitwerten am Bilanzstichtag können dem Kapitalanlagespiegel im Anhang des Jahresabschlusses entnommen werden. Der Umfang der zur dauernden Verwendung im Versicherungsunternehmen bestimmten Kapitalanlagen kann den Angaben zu den Bilanzierungsmethoden im Anhang des Jahresabschlusses entnommen werden.



Eigenkapital

Insgesamt betrug das Eigenkapital der ARAG SE im abgelaufenen Berichtsjahr 514.096 T€ (Vj. 512.212 T€).

Im Einzelnen verfügt die Gesellschaft über ein gezeichnetes Kapital von 100.000 T€, eine Kapitalrücklage im Umfang von 81.773 T€, eine gesetzliche Rücklage in Höhe von 10.000 T€ sowie andere Gewinnrücklagen in Höhe von 300.400 T€.

Die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft ist stark und stabil mit der Aussicht auf weitere Verbesserung. Die ARAG SE erwirtschaftet stets hohe positive Ergebnisse, hat hohe Liquiditätsreserven zur Verfügung, die auch unerwartete Situationen abfedern können, und erreicht seit vielen Jahren jeweils die Erhöhung des Eigenkapitals durch Innenfinanzierung.

Erklärung zur Unternehmensführung

Zielgrößen für den Frauenanteil in Führungsfunktionen

Der ARAG Konzern ist von der Wichtigkeit von Chancengleichheit und Diversität überzeugt. Daher ist die Förderung weiblicher Führungskräfte auf allen Ebenen ein zentrales Anliegen. Auch die ARAG SE arbeitet daran, den Anteil von Frauen auf den ersten beiden Führungsebenen unterhalb des Vorstands, aber auch im Vorstand selbst sowie auch im Aufsichtsrat kontinuierlich und nachhaltig zu erhöhen.

Auf Ebene des Aufsichtsrats bestand zum Stichtag 30. Juni 2023 die Zielvorgabe von 11 Prozent, die mit einem Anteil von 11,1 Prozent auch erreicht wurde. Der erreichte Status quo entspricht der neuen Zielvorgabe zum 30. Juni 2025.

Auf Ebene des Vorstands bestand zum Stichtag 30. Juni 2023 die Zielvorgabe von 16,7 Prozent, die mit der Berufung von Dr. Shiva Meyer in den Vorstand zum 2. April 2023 erreicht wurde. Der neue Status quo von 16,7 Prozent entspricht der neuen Zielvorgabe zum 30. Juni 2025.

Auf der ersten Führungsebene unterhalb des Vorstands war zum Stichtag 30. Juni 2023 eine Quote weiblicher Führungskräfte von 34 Prozent angestrebt worden. Diese Vorgabe wurde leicht unterschritten. Für den Stichtag 30. Juni 2025 wurde durch den Vorstand eine Zielquote von 33 Prozent beschlossen.

Auf der zweiten Führungsebene unterhalb des Vorstands wurde die zum Stichtag 30. Juni 2023 angestrebte Zielquote von 36 Prozent mit einer Ist-Quote von 38 Prozent übererfüllt. Für den Stichtag 30. Juni 2025 hat der Vorstand eine Zielvorgabe von 39 Prozent für den Anteil weiblicher Führungskräfte auf dieser Ebene beschlossen.

Nichtfinanzielle Berichterstattung

Die ARAG Holding SE erstellt einen zusammengefassten gesonderten nichtfinanziellen Bericht (ARAG Nachhaltigkeitsbericht) nach dem Deutschen Rechnungslegungs Standard (DRS) 20, Tz. 111 außerhalb des Konzernlageberichts gemäß § 341j Abs. 4 in Verbindung mit § 315b Abs. 3 Handelsgesetzbuch (HGB) und § 315c in Verbindung mit § 289c bis 289e HGB zusammen mit dem Konzernlagebericht. Dieser Nachhaltigkeitsbericht ist unter folgendem Link in deutscher Sprache öffentlich verfügbar: www.arag.com/nachhaltigkeitsbericht

Zur Erfüllung der Anforderungen der EU-CSR-Richtlinie (2014/95/EU) und des im April 2017 in Kraft getretenen CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetzes ist die Gesellschaft nach § 341a Abs. 1 a HGB zur nichtfinanziellen Berichterstattung verpflichtet. Aufgrund der Einbeziehung der Gesellschaft in den Konzernlagebericht des Mutterunternehmens ARAG Holding SE, Düsseldorf, macht die Gesellschaft von der Befreiungsmöglichkeit des § 341a Abs. 1a Satz 3 in Verbindung mit § 289b Abs. 3 HGB Gebrauch.

Dank an die Mitarbeitenden, Vertriebspartner, Kunden sowie den Betriebsrat

Die Gesellschaft dankt allen Mitarbeitenden und Vertriebspartnern für ihr Engagement und ihre Leistungsbereitschaft und den Kunden für das der Gesellschaft entgegengebrachte Vertrauen. Dieser Dank gilt ebenso den Arbeitnehmervertretenden im Betriebsrat und seinen Ausschüssen für die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit.



IV. Abhängigkeitsbericht und Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Ein Bericht des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen gemäß § 312 Aktiengesetz (AktG) wurde aufgestellt. Die Gesellschaft hat bei den im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften nach den Umständen, die ihr im Zeitpunkt, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bekannt waren, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten und wurde nicht benachteiligt. Maßnahmen im Sinne des § 311 AktG sind im Geschäftsjahr nicht getroffen oder unterlassen worden.

An der ARAG SE ist die ARAG Holding SE, Düsseldorf, mittelbar mehrheitlich beteiligt. Damit ist die ARAG SE ein abhängiges Unternehmen im Sinne von § 17 Abs. 1 AktG in Bezug auf die ARAG Holding SE.

V. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognose- und Chancenbericht

Die Geschäftserwartung der deutschen Versicherungswirtschaft ist laut Prognose der Kommission „Versicherungsmärkte“ weiterhin optimistisch – trotz fortwährender Unsicherheiten bei der globalen wirtschaftlichen Entwicklung. Die erwartete Zunahme der Nominallohne sowie der rückläufige Inflationsdruck werden voraussichtlich zu höheren Beitragseinnahmen führen. So geht der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) national davon aus, dass die Beitragseinnahmen über alle Versicherungszweige hinweg in 2024 um rund 3,9 Prozent steigen könnten. Da der wirtschaftliche Ausblick mit hohen Unsicherheiten versehen ist, gilt in solchen Zeiten insbesondere auch eine Rechtsschutzversicherung als Sicherheitsanker für Kunden und Verbraucher. Der GDV rechnet in diesem Versicherungszweig für das laufende Geschäftsjahr mit steigenden Beitragseinnahmen von 4,0 Prozent. Bezogen auf die Schaden- und Unfallversicherung, geht der Verband von einem Prämienanstieg in Höhe von 7,7 Prozent aus. Dabei hebt sich der Versicherungszweig der Verbundenen Wohngebäudeversicherung mit einem prognostizierten Anstieg von 10,0 Prozent besonders ab. Im Bereich der privaten Krankenversicherung rechnen die Experten für das Jahr 2024 mit steigenden Jahresarbeitsentgelt- und Beitragsbemessungsgrenzen, die zu Beitragserhöhungen von 4,5 Prozent führen können.

Große Chancen bieten sich unverändert im Themenfeld der Digitalisierung. Durch die Integration von Technologien wie insbesondere künstliche Intelligenz und maschinelles Lernen wird es möglich sein, deutlich effizientere Wege für die Sachbearbeitung zu etablieren und vor allem die Kundenkontakte unabhängig von Zeit und Ort zu erleichtern und auszubauen. Darüber hinaus eröffnet die große Menge an verfügbaren Daten den Versicherungsunternehmen die Möglichkeit, noch genauere Risikobewertungen vorzunehmen und personalisierte Policen anzubieten. Die Analyse von Daten kann auch zur Früherkennung von Trends und zur Verbesserung der Prävention genutzt werden.



Die nachhaltige Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft ist neben der Digitalisierung eine der bestimmenden Herausforderungen für die Versicherungswirtschaft. Ordnungspolitisch kommt hier der Versicherungswirtschaft gemeinsam mit der Kreditwirtschaft eine besondere Bedeutung zu.

Der ARAG Konzern ist mit seinem Fokus auf das Rechtsschutz- und Krankenversicherungsgeschäft in Zeiten großer Herausforderungen und tiefgreifender globaler Umbrüche robust und zukunftsweisend aufgestellt. Das Ende 2022 auf den Weg gebrachte Entwicklungsprogramm ARAG 5>30 gibt über seine fünf zentralen Handlungsfelder die strategische Richtung des Konzerns für die nächsten Jahre bis 2030 vor.

Die ARAG SE steht vor dem Hintergrund der zahlreichen globalen politischen und wirtschaftlichen Problematiken vor Herausforderungen. Dazu tragen auch der demografische Wandel in Europa, die Entwicklung einer nachhaltigeren Gesellschaft und die Einführung von künstlicher Intelligenz im Alltag bei. Die von diesen Entwicklungen verursachten Unsicherheiten lösen bei den Verbrauchern einen hohen Bedarf nach Absicherung aus. Dieser Bedarf wird von der Rechtsschutzversicherung in besonders hohem Maß erfüllt. Die ARAG SE bietet hierfür ein umfangreiches Portfolio an Rechtsschutzlösungen und entwickelt dieses kontinuierlich weiter, um auch künftig die besonderen Bedürfnisse von Privatkunden und kleinen bis mittleren Gewerbebetrieben zu erfüllen. Laut einer Veröffentlichung der Versicherungsforen Leipzig geben deutsche Versicherungskunden heute durchschnittlich mehr als 2.500 € im Jahr für Versicherungen aus. Daraus ergibt sich auch Potenzial für Beitragswachstum – auch in der Rechtsschutzversicherung. Denn in den USA wurden 11,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Versicherungen ausgegeben, in den Niederlanden 8,5 Prozent, in Italien 8,0 Prozent und in Deutschland 5,9 Prozent. Daraus kann sich entsprechend in den nächsten Jahren eine Chance auf eine Marktausweitung ergeben.

Zunehmender Konkurrenzdruck in Deutschland wird dazu führen, dass kleine konzernungebundene Versicherer Marktanteile abgeben müssen. Die Vertragsbestände in der deutschen Rechtsschutzversicherung wachsen nur geringfügig. Die ARAG SE ist ein starkes Unternehmen, das seit 1935 den Rechtsschutzmarkt entscheidend mitgestaltet

und sich auf einem starken Wachstumspfad befindet. Eine Markverkleinerung birgt die Chance auf die Übernahme von Beständen durch Umdeckung oder durch Akquisition.

Die ARAG SE ist in den ARAG Konzern eingebunden. Die Gesellschaft arbeitet in Deutschland mit einem leistungsstarken Krankenversicherer und zwei Kompositversicherern zusammen, in den USA und in Skandinavien mit zwei Rechtsschutzversicherern und in Europa mit diversen Versicherungsbetriebsgesellschaften. Der grenzüberschreitende Know-how-Transfer liefert dabei wichtige Impulse bei der Entwicklung von kundennahen Produkten im gesamten Konzern.

Um den Herausforderungen in der Kapitalanlage durch volatile Kapitalmärkte zu begegnen, hat die ARAG SE im Berichtsjahr eine zentral administrierte Fondsstruktur etabliert. Diese nutzt die Chancen aus den Entwicklungen unterschiedlicher Kapitalanlagearten sowie Märkte und mildert gleichzeitig auftretende Risiken durch Diversifikation und Streuung. Dadurch können auch problematische Entwicklungen wie kurzfristige starke Zinsveränderungen zu Chancen in der Kapitalanlage führen.

Im Rahmen des Entwicklungsprogramms ARAG 5>30 für den ARAG Konzern ist geplant, die Bruttobeitragseinnahmen bis zum Jahr 2030 auf 3 Milliarden € zu steigern. Entsprechend plant die ARAG SE für das kommende Jahr ein weiterhin hohes Beitragswachstum von deutlich über 10 Prozent für das Gesamtgeschäft. Dabei spielt der kontinuierliche Wachstumsprozess der vergangenen Jahre im selbst abgeschlossenen Geschäft aller Einheiten und im übernommenen Geschäft der internationalen Niederlassungen auch weiterhin eine tragende Rolle. Darüber hinaus wird das übernommene Geschäft der deutschen Hauptverwaltung deutlich ausgeweitet: Zu Beginn des laufenden Geschäftsjahres wurde zwischen der ARAG SE und der zum Jahresbeginn 2024 erworbenen DAS Legal Expenses Insurance Ltd. (DAS LEI – nähere Informationen im Nachtragsbericht) ein Quotenrückversicherungsvertrag geschlossen. Die ARAG SE übernimmt 90 Prozent der Risiken aus dem Erstversicherungsgeschäft der DAS LEI. Letztere erwirtschaftete zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember 2023 gebuchte Bruttobeiträge in Höhe von 179,3 Millionen £ (Generally Accepted Accounting Practice in the UK – UK GAAP).



Die absoluten Aufwendungen für Versicherungsfälle werden gegenüber dem Jahr 2023 stark ansteigen. Hauptgründe sind das steigende Geschäftsvolumen, die inflationären Einflüsse auf Gehälter im gesamten Geschäftsgebiet sowie Anwaltsgebühren außerhalb Deutschlands. Diese Einflüsse werden trotz des hohen Beitragswachstums zu einer vorübergehenden Erhöhung der Schadenquote um circa 3 bis 4 Prozentpunkte auf circa 55 Prozent im Jahr 2024 führen.

Die Kostenquote wird demgegenüber als stabil eingeschätzt. Weitere Steigerungen bei den Provisionen – insbesondere aufgrund des starken Wachstums – werden durch einen Degressionseffekt bei den Verwaltungskosten ausgeglichen werden können. Für das Jahr 2024 wird eine Kostenquote auf dem Niveau des Berichtsjahres erwartet.

Für das versicherungstechnische Ergebnis wird eine deutliche absolute Verbesserung gegenüber dem Jahr 2023 erwartet, obwohl sich die Combined Ratio leicht nach oben entwickeln wird.

Vor dem Hintergrund der vielen ungelösten Krisen auf der Welt und der bevorstehenden Wahlen eines neuen Europaparlaments sowie einer neuen US-Regierung mit ungewissem Ausgang bleibt das Kapitalmarktumfeld volatil. Auswirkungen der Rahmenbedingungen auf die Wertentwicklung von Kapitalanlagen können kaum vorhergesehen werden, auch wenn die ARAG SE durch die Diversifikation und Streuung in Spezialfondsstrukturen im abgelaufenen Geschäftsjahr Maßnahmen zur Reduktion der Risiken umgesetzt hat. Für das Jahr 2024 wird ein leicht rückläufiges Kapitalanlageergebnis im Vergleich zum Geschäftsjahr prognostiziert.

Das sonstige Ergebnis wird voraussichtlich zum Ende des laufenden Geschäftsjahres mit einem geringeren Verlustsaldo leicht besser ausfallen als im Berichtsjahr.

Unter Berücksichtigung der vorliegenden Chancen und Risiken wird für das laufende Geschäftsjahr 2024 eine prosperierende Geschäftsentwicklung mit einem deutlich höheren Ergebnis vor Steuern als im abgelaufenen Geschäftsjahr 2023 erwartet.

Risikobericht

Risikomanagementsystem

Risikostrategie Das in der Geschäftsstrategie genannte Ziel einer konservativen Risiko- und Solvabilitätspolitik gibt den Rahmen für die Ausgestaltung der Risikostrategie vor. Sie definiert das Risikoprofil der Gesellschaft und die mit den strategischen Geschäftszielen verbundene Ausgestaltung der einzelnen Risikopositionen. Ausgehend von der vom Vorstand festgelegten Risikotoleranz, werden darüber hinaus die Instrumente zur Einhaltung der vorgegebenen Risikotragfähigkeit beschrieben. Damit erfolgt eine ganzheitliche Steuerung der Risiken, wobei jederzeit sicherzustellen ist, dass das Gesamtrisikoprofil in Einklang mit der Risikostrategie steht. Die Quantifizierung von Risiken und die Messung der Risikotragfähigkeit erfolgen gemäß den gesetzlichen Regelungen von Solvency II.

Limitsystem Ausgehend von der Risikotoleranz und den gegebenen anrechnungsfähigen Eigenmitteln, wird ermittelt, wie hoch die Solvenzkapitalanforderung für die Gesellschaft insgesamt maximal sein darf. Der Vorstand legt anhand dieser Obergrenze ein Gesamtlimit fest, das auf die wesentlichen Risiken beziehungsweise Subrisiken verteilt wird. Das Limitsystem wird jährlich überprüft. Auf Basis unterjähriger Berechnungen der Limitauslastung wird ermittelt, inwieweit Risiken weiter eingegangen werden können oder reduziert werden sollten. Sowohl für die Risikotragfähigkeit als auch für die Limitierung auf Ebene der Risikokategorien wird ein Ampelsystem genutzt, anhand dessen die Entwicklung der Limitauslastungen beobachtet wird, um gegebenenfalls Gegenmaßnahmen ergreifen zu können.

ORSA Um das Ziel der konservativen Risiko- und Solvabilitätspolitik langfristig zu gewährleisten, wird im Own-Risk-and-Solvency-Assessment (ORSA)-Prozess geprüft, ob die zukünftige Entwicklung der bedeutendsten Einzelrisiken in den nächsten vier Geschäftsjahren beherrschbar bleibt. Dazu werden im ORSA-Prozess der unternehmenseigene Gesamtsolvabilitätsbedarf sowie die Eigenmittel pro Planjahr ermittelt und daraus eine Indikation für die zukünftige Bedeckungssituation des Unternehmens abgeleitet. Für die jährliche Durchführung des ORSA-Prozesses ist der Vorstand verantwortlich und übernimmt darin eine führende Rolle.



Unabhängige Risikocontrollingfunktion Die Umsetzung des Risikomanagementsystems obliegt der unabhängigen Risikocontrollingfunktion, die von der Hauptabteilung Konzern Risikomanagement wahrgenommen wird. Das Konzern Risikomanagement ist dabei bis auf die Vorstandsebene von den operativen Einheiten mit Ergebnisverantwortung getrennt. Für die gesellschaftsübergreifende Umsetzung des Risikomanagementsystems innerhalb des Konzerns ist der Chief Risk Officer als Vorstand der ARAG SE zuständig. Die Umsetzung erfolgt maßgeblich in Form einer Risk Governance, durch die mit konzernweit einheitlichen Leit- und Richtlinien Vorgaben für die Umsetzung der risikorelevanten Prozesse in der Gesellschaft festgelegt werden. Zudem sorgt die unabhängige Risikocontrollingfunktion durch regelmäßige Berichterstattung an den Gesellschaftsvorstand für umfassende Transparenz hinsichtlich der Risikolage und ihrer Veränderung.

Die operativen Entscheidungen über die Wahrnehmung von Chancen und das Eingehen von Risiken werden in den jeweils verantwortlichen Unternehmensbereichen getroffen.

Risikomanagementprozess Der Risikomanagementprozess besteht aus den Teilen Risikoidentifikation, Risikoanalyse, Risikobewertung, Risikosteuerung, Risikoüberwachung und Risikoberichterstattung.

Ziel der Risikoidentifikation ist es, das Auftreten neuer oder die Veränderung bestehender Risiken frühzeitig zu erkennen und nach einem einheitlichen Verfahren zu bewerten. So werden beispielsweise Risiken aus der Erschließung neuer Märkte und der Einführung neuer Produkte in entsprechenden Prüfprozessen, wie etwa einem Neu-Produkt-Prozess, bereichsübergreifend identifiziert, analysiert, bewertet und dem Vorstand zur Entscheidung vorgelegt.

Im Hinblick auf eine angemessene Bewertung der Risiken werden Einflussfaktoren analysiert, die den Wert der relevanten Position in der Solvabilitätsübersicht bestimmen. Diese Einflussfaktoren werden dahin gehend überprüft, ob sie für die Bewertung des Risikos angemessen sind.

Alle identifizierten Risiken werden regelmäßig bewertet. Zentrales Element ist hierbei die für alle Verlustrisiken ermittelte Solvenzkapitalanforderung zur Abdeckung unerwarteter

Verluste. Diese Anforderung bildet für die Risikopositionen den quantitativen Wertverlust innerhalb einer bestimmten Haltedauer (ein Jahr) und einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (99,5 Prozent) ab. Zusätzlich erfolgt eine qualitative Bewertung im ORSA-Prozess.

Die operative Steuerung der Risiken wird von den Führungskräften und Prozessinhabern derjenigen Bereiche durchgeführt, in denen die Risiken entstehen. Die Risikosteuerung umfasst die Umsetzung von Maßnahmen zu Risikominderung, -absicherung, -transfer und -diversifikation.

Im Rahmen der Risikoüberwachung wird insbesondere die Entwicklung des Risikoprofils untersucht. Dabei stehen die Risikotragfähigkeit und die Limitauslastung im Vordergrund. Die Risikoüberwachung berücksichtigt die aufsichtsrechtlichen und internen Vorgaben zur Mindestbedeckung. Über die Ergebnisse der Risikoüberwachung und die daraus abgeleiteten Handlungsempfehlungen wird dem Vorstand kontinuierlich und zeitnah Bericht erstattet. Grundsätzlich können auch überraschende Entwicklungen oder extreme Ereignisse das Risikoprofil einer Gesellschaft beeinflussen. Aus diesem Grund erfolgt im Bedarfsfall eine Ad-hoc-Berichterstattung.

Internes Steuerungs- und Kontrollsystem Unter dem Internen Steuerungs- und Kontrollsystem (ISKS) werden alle Steuerungs- und Kontrollmaßnahmen sowie sonstigen Maßnahmen verstanden, die dazu dienen, die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit zu unterstützen sowie Risiken frühzeitig zu erkennen und zu minimieren. Zudem wird die Einhaltung der zu beachtenden Gesetze und Verordnungen sowie aller aufsichtsbehördlichen Anforderungen und internen Vorgaben sichergestellt.

Der ARAG Konzern folgt bei der Ausgestaltung des ISKS dem „Three Lines of Defence“-Modell, das von der Gesellschaft übernommen wird:

First Line of Defence: Die erste Verteidigungslinie wird von allen Mitarbeitenden und Führungskräften der operativen Funktionen gebildet, die im Rahmen des Risikokontrollprozesses für die Identifikation und Bewertung der Risiken ihres Bereichs verantwortlich sind.



Second Line of Defence: Die Überwachung der Geschäfts- und Zentralbereiche erfolgt durch Querschnittsfunktionen (Konzerncontrolling, Recht/Compliance, Konzern Risikomanagement und die Versicherungsmathematische Funktion), die Standards für die Ausgestaltung und Überwachung von Kontrollen und den Umgang mit Risiken vergeben.

Third Line of Defence: Im Rahmen der Revisionstätigkeit für die Konzerngesellschaften prüft die Hauptabteilung Konzern Revision die Funktionen der First und Second Line of Defence innerhalb des ARAG Konzerns. Darüber hinaus führt die Hauptabteilung Konzern Revision für die Konzerngesellschaften die Revisionstätigkeit aus, die ihr diese vertraglich übertragen haben. Gemäß den von der Geschäftsleitung erteilten Aufträgen führt die Konzern Revision eine risikoorientierte Prüfung der Aufbau- und Ablauforganisation und des ISKS aller Betriebs- und Geschäftsprozesse durch.

Risikokategorien

Das versicherungstechnische Risiko und das Marktrisiko haben für die Gesellschaft eine hohe Bedeutung, während das Gegenparteiausfallrisiko, das Liquiditätsrisiko und das operationelle Risiko von nachgelagerter Bedeutung sind.

Versicherungstechnisches Risiko

Das versicherungstechnische Risiko gibt das Risiko eines Verlusts an, das aus einer unangemessenen Preisfestlegung beziehungsweise aus nicht angemessenen Annahmen bei der Bestimmung der versicherungstechnischen Verpflichtungen resultiert. Diese Verluste ergeben sich unter anderem aus Folgendem:

- Prämien-/Reserverisiko: Schwankungen in Bezug auf das Eintreten, die Häufigkeit und die Schwere der versicherten Ereignisse und in Bezug auf die Dauer und den Betrag der Schadenabwicklung im Verhältnis zu den in einer Versicherungsperiode vereinnahmten Prämien
- Kumulrisiko: wesentliche Ungewissheiten in Bezug auf die Preisfestlegung und die Annahmen bei der Bildung versicherungstechnischer Rückstellungen für extreme oder außergewöhnliche Ereignisse, die viele Versicherungsnehmer gleichzeitig betreffen
- Stornorisiko: negative Veränderungen in der Höhe oder in der Volatilität der Storno- und Kündigungsraten von Versicherungspolicen

Die Bewertung der genannten Risiken erfolgt anhand eines internen Modells. Mithilfe einer Simulation wird der Verlust prognostiziert, wie er nur alle 200 Jahre erwartet wird. (Das 200-Jahres-Ereignis gibt den Verlust an, wie er innerhalb eines Jahres mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,5 Prozent vorkommt.) Ausgehend von den historischen Schäden, werden für das Prämien- beziehungsweise Reserverisiko künftige Schäden beziehungsweise Reservierungsbedarfe abgeleitet. Analog werden für das Katastrophen- beziehungsweise Kumulrisiko Verluste simuliert, die aus Kumulschäden im Rechtsschutzgeschäft entstehen können. Die Berechnung des Stornorisikos erfolgt auf Basis historischer Storni. Das versicherungstechnische Risiko selbst ergibt sich aus der Aggregation der Einzelrisiken. Dabei werden Diversifikationseffekte berücksichtigt. Die Methodik für die intern modellierten Risiken wird regelmäßig mit Backtesting und Validierungstests überprüft.

Im ORSA-Prozess wurden Ereignisse identifiziert, die wesentliche Auswirkungen auf das versicherungstechnische Risiko haben können. Dazu zählen beispielsweise das Kumulrisiko in Form von zunehmenden Streitfällen, generiert durch Anwälte sowie die negativen wirtschaftlichen Folgen des Ukraine-Kriegs.

Deren Auswirkungen werden durch Anpassungen in der Produktgestaltung und im Underwriting gesteuert. Von besonderer Bedeutung sind Risikobegrenzungsmaßnahmen in Form der Limitierung von Risiken sowie ein Schadenexzedentenvertrag als passive Rückversicherung.

Die Stetigkeit des Versicherungsgeschäfts sowie die konstant ausreichende Dotierung der Schadenrückstellungen sind den nachfolgenden Angaben über die Schadenentwicklung des gesamten selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäfts für die letzten zehn Geschäftsjahre zu entnehmen.



Schadenentwicklung

Bilanzjahr (in Prozent)	Schadenquote brutto, gesamt		Abwicklungsergebnis
	GJ-Quote	bilanziell	in % der Eingangsrückst.
2023	55,4	51,8	3,1
2022	55,4	50,3	4,2
2021	55,8	52,2	2,8
2020	59,3	54,3	3,9
2019	57,1	53,0	3,3
2018	54,7	51,6	2,5
2017	57,1	53,4	2,8
2016	57,7	51,2	4,6
2015	61,0	52,5	5,6
2014	61,7	55,8	3,7

Marktrisiko Das Marktrisiko gibt das Risiko eines Verlusts durch nachteilige Veränderungen der Marktpreise für die Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumente an. Das Risiko resultiert direkt oder indirekt aus folgenden Subrisiken:

- Zinsrisiko: Veränderungen in der Zinskurve oder Volatilität der Zinssätze. Beispielsweise würde ein angenommener Anstieg beziehungsweise Abfall des allgemeinen Zinsniveaus um 1 Prozentpunkt den Zeitwert der Rententitel näherungsweise um 64.650 T€ vermindern.
- Aktienrisiko: Veränderungen der Höhe oder der Volatilität der Marktpreise von Aktien. Beispielsweise würde ein angenommener Rückgang des Aktienmarkts um 20 Prozent zu einem Zeitwertverlust von 41.464 T€ führen.
- Immobilienrisiko: Veränderungen der Höhe oder der Volatilität der Marktpreise von Immobilien
- Wechselkursrisiko: Veränderungen der Höhe oder der Volatilität der Wechselkurse
- Spreadrisiko: Veränderungen der Höhe oder der Volatilität der Kreditspreads über der risikofreien Zinskurve
- Migrations-/Ausfallrisiko: Veränderungen von Ratings oder prognostizierten Zahlungsausfällen. Die Ratingverteilung der Zinsträger stellt sich wie folgt dar:

Rating Direktanlage und Fonds

(Anteil in Prozent nach Marktwerten)	2023
AAA	21,2%
AA	16,7%
A	32,6%
BBB	24,6%
BB	3,1%
B	1,4%
CCC	0,1%
CC	0,0%
C	0,0%
D	0,1%
NR	0,3%

Die Aufteilung der Rentenpapiere (Marktwerte) stellt sich wie folgt dar: Von den festverzinslichen Wertpapieren – einschließlich der indirekt über Spezialfonds gehaltenen Wertpapiere – entfallen circa 29,8 Prozent auf Finanzdienstleistungsunternehmen, 30,7 Prozent auf öffentliche Anleihen und 39,5 Prozent auf Unternehmensanleihen.

Die Bewertung der genannten Risiken erfolgt mit einem internen Modell. Mithilfe eines ökonomischen Szenariogenerators werden Kapitalmarktszenarien simuliert, die jeweils unter anderem Zinssätze, Aktienkurse, Immobilienpreise, Kreditspreads, Ratings beziehungsweise Zahlungsausfälle und Wechselkurse enthalten. Mit diesen Risikofaktoren werden die Marktwerte der Kapitalanlagen bestimmt, wie sie in einem Jahr auftreten könnten. Das Marktrisiko selbst ergibt sich aus dem 200-Jahres-Ereignis bei der simultanen Betrachtung aller Risikofaktoren sowie dem Konzentrationsrisiko. Dabei werden Diversifikationseffekte berücksichtigt. Die Methodik für die intern modellierten Risiken wird regelmäßig mit Backtesting und Validierungstests überprüft.

Im ORSA-Prozess wurden Ereignisse identifiziert, die wesentliche Auswirkungen auf das Marktrisiko haben können. Dazu zählen beispielsweise Korrekturen an den Finanzmärkten, Auswirkungen des Klimawandels auf die Kapitalanlage sowie negative Veränderungen der Kapitalanlage aufgrund der Eskalation internationaler Konflikte.



Auf strategischer Ebene erfolgt die Risikobegrenzung dahin gehend, dass bereits bei der jährlichen Ermittlung der strategischen Asset-Allokation Marktrisikolimiten berücksichtigt werden. Auch durch die jährliche Überprüfung der Asset Liability Management (ALM)-Situation ist die dauerhafte Wirksamkeit dieser Risikominderungsmaßnahmen gewährleistet. Operative Maßnahmen zur Risikominderung sind in den Anlagerichtlinien festgelegt.

Gegenparteausfallrisiko Das Gegenparteausfallrisiko aus dem Versicherungsgeschäft bezieht sich im Wesentlichen auf Forderungen gegenüber Rückversicherern und Versicherungsnehmern beziehungsweise -vermittlern. Es gibt das Verlustrisiko an, das sich aus einem unerwarteten Ausfall oder der Verringerung der Bonität von Gegenparteien und Schuldnern während der nächsten zwölf Monate ergibt.

Die Bewertung erfolgt mit dem internen Partialmodell. Das Risiko aus dem Ausfall von Forderungen gegenüber Rückversicherern wird in Abhängigkeit von den verfügbaren Informationen und unter Proportionalitätsgesichtspunkten bewertet. Dabei werden explizit die individuellen Ratings der Gegenparteien verwendet. Für die Bewertung des Risikos aus dem Ausfall von Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern und -vermittlern wird ein konstanter Faktor auf den Marktwert der relevanten Positionen in der Solvabilitätsübersicht angewandt.

Zu den Risikobegrenzungsmaßnahmen gehören unter anderem Vorgaben für die ausgewählten Rückversicherer (zum Beispiel Mindestrating) sowie ein automatisiertes Erinnerungs- und Mahnverfahren bei Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern.

Die Forderungsbeträge gegenüber Rückversicherern, gegliedert nach externen Ratingklassen, befinden sich im Anhang. Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern, die seit über 90 Tagen fällig waren, bestanden am Bilanzstichtag in Höhe von 7.055 T€ (Vj. 6.050 T€). Die durchschnittliche Ausfallquote der letzten drei Jahre für diese Forderungen liegt bei 6,9 Prozent (Vj. 7,7 Prozent).

Liquiditätsrisiko Das Liquiditätsrisiko gibt das Risiko an, dass Versicherungsunternehmen nicht in der Lage sind, Anlagen und andere Vermögenswerte zu realisieren, um ihren finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nachzukommen. Damit ist das Liquiditätsrisiko ein abgeleitetes Risiko, zum einen als Ausprägung des Kapitalanlagerisikos (Assets sind nicht liquide) und zum anderen als Ausprägung des versicherungstechnischen Risikos (fällige Versicherungsleistungen übersteigen die liquiden Mittel).

Die Bewertung des Liquiditätsrisikos erfolgt in der Form, dass die monatliche Liquiditätsüber- beziehungsweise -unterdeckung rollierend berechnet wird. Die Planung wird permanent aktualisiert, sodass frühzeitig erkennbar ist, ob ein Liquiditätsbedarf in den nächsten Monaten bestehen könnte. Die Bewertung über den mittel- bis langfristigen Zeithorizont erfolgt im Rahmen des ALM.

Zu den Risikobegrenzungsmaßnahmen gehören das ALM sowie eine rollierende Liquiditätsplanung.

Operationelles Risiko Das operationelle Risiko gibt das Risiko an, das sich aus der Unangemessenheit oder dem Versagen von internen Prozessen oder Systemen, dem Fehlverhalten von Mitarbeitenden oder durch unerwartete externe Ereignisse ergibt, die den Geschäftsbetrieb stören oder gar verhindern. Das operationelle Risiko umfasst auch Rechtsrisiken und Reputationsrisiken. Risiken, die sich aus strategischen Entscheidungen ergeben, fallen hingegen nicht unter das operationelle Risiko.

Zur Ermittlung der zugehörigen Solvenzkapitalanforderung verwendet die Gesellschaft die Standardformel. Die Bewertung für operative Zwecke erfolgt durch eine Expertenschätzung anhand der Dimensionen „Eintrittswahrscheinlichkeit“ und „Auswirkung“. Die Dimension „Eintrittswahrscheinlichkeit“ beschreibt die Wahrscheinlichkeit, dass ein operationelles Risiko innerhalb eines definierten Zeitraums eintritt. Die zweite Dimension beschreibt die potenzielle Auswirkung eines operationellen Risikoeintritts und wird quantitativ oder qualitativ bewertet. Jede Dimension ist als Brutto- und Nettowert zu



erfassen. Die Bruttowerte geben den Wert vor Implementierung von möglichen risikomindernden Maßnahmen an, die Nettowerte den Wert nach Implementierung der gewählten Maßnahmen. Die Risikobegrenzungsmaßnahmen werden individuell von den Verantwortlichen festgelegt. Bei der Identifizierung und Bewertung operationeller Risiken berücksichtigen die Risikoverantwortlichen bekannte Schadenereignisse, die in einer Verlustdatenbank erfasst sind. Darin werden sämtliche eingetretenen Verlustereignisse und deren tatsächliche Auswirkungen erfasst. So können die subjektiven Einschätzungen plausibilisiert werden.

Im ORSA-Prozess wurden Ereignisse identifiziert, die wesentliche Auswirkungen auf das operationelle Risiko haben können. Dazu zählen beispielsweise Cyberangriffe, Stromausfälle oder Risiken mit rechtlichem Bezug. Zur Prävention gegen Cyberangriffe werden PEN-Tests durchgeführt. Im Fall von Stromausfällen kommen technische und organisatorische Maßnahmen zum Einsatz, um den IT-Betrieb aufrechtzuerhalten und Datenverluste zu verhindern. Zur Reduzierung rechtlich relevanter Risiken ist ein umfangreiches Rechtsmonitoring etabliert, sodass auf Rechtsänderungen frühzeitig reagiert werden kann. Zudem werden permanent interne Schulungen durchgeführt, um Rechtsverstöße zu vermeiden.

Gesamtbild der Risikolage

Die aufsichtsrechtliche Mindestkapitalanforderung nach den Vorschriften des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) ist vollumfänglich erfüllt. Die Solvency-II-Bedeckungsquote in Höhe von 331,9 Prozent (Vj. 342,1 Prozent) zeigt, dass die anrechnungsfähigen Eigenmittel die gemäß VAG berechnete Solvenzkapitalanforderung übersteigen.

Über den Projektionszeitraum von drei Jahren wurden die Risiken aus den Szenarien Kosten- und Schadenanstieg, Klimawandel und Kapitalanlage sowie Stagflation bewertet. Das Ergebnis zeigt für die nächsten drei Planjahre eine ausreichende Bedeckung der Solvenzkapitalanforderung.

Die Gesamtrisikosituation lässt derzeit keine Entwicklungen erkennen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden beziehungsweise eine erhebliche Beeinträchtigung der Finanz-, Vermögens- und Ertragslage zur Folge haben könnten.



JAHRESABSCHLUSS



I. Jahresbilanz

Jahresbilanz zum 31. Dezember – Aktiva

(in Euro)	2023	2022
A. Immaterielle Vermögensgegenstände		
I. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	3.048.415,97	3.035.280,68
II. Geschäfts- oder Firmenwert	0,00	0,00
	3.048.415,97	3.035.280,68
B. Kapitalanlagen		
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	44.892.733,58	47.869.446,79
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	453.582.828,78	429.130.733,54
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	5.328.833,76	2.175.000,00
3. Beteiligungen	17.260.900,37	17.052.566,37
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00
	476.172.562,91	448.358.299,91
III. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	662.355.247,62	632.894.103,60
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	790.688.482,69	833.894.052,76
3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen	1,00	1,00
4. Sonstige Ausleihungen		
a) Namensschuldverschreibungen	94.000.000,00	94.511.291,88
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	152.897.623,08	196.850.578,02
c) Übrige Ausleihungen	86.489,14	118.144,15
	246.984.112,22	291.480.014,05
5. Einlagen bei Kreditinstituten	45.026.154,95	57.029.800,00
6. Andere Kapitalanlagen	0,00	0,00
	1.745.053.998,48	1.815.297.971,41
IV. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft	65.432.813,00	65.201.045,19
	2.331.552.107,97	2.376.726.763,30



**Jahresbilanz zum 31. Dezember – Aktiva**

(in Euro)	2023	2022
C. Forderungen		
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft		
1. an Versicherungsnehmer	40.237.326,42	35.262.316,17
2. an Versicherungsvermittler	22.757.587,23	21.938.255,74
davon an verbundene Unternehmen: 69,15 € (Vj. 0,00 €)		
	62.994.913,65	57.200.571,91
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft	48.400.473,94	60.795.233,06
davon an verbundene Unternehmen: 0,00 € (Vj. 0,00 €)		
davon an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 41.747,92 € (Vj. 51.790,97 €)		
III. Sonstige Forderungen	29.227.999,97	28.544.412,87
davon an verbundene Unternehmen: 18.408.487,90 € (Vj. 22.202.240,78 €)		
davon an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 202.647,68 € (Vj. 156.257,83 €)		
	140.623.387,56	146.540.217,84
D. Sonstige Vermögensgegenstände		
I. Sachanlagen und Vorräte	12.483.622,38	13.776.911,82
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand	211.474.091,83	59.637.878,81
III. Andere Vermögensgegenstände	17.293.533,88	17.236.891,39
	241.251.248,09	90.651.682,02
E. Rechnungsabgrenzungsposten		
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten	7.930.378,41	6.646.214,77
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	10.053.019,63	7.703.707,67
	17.983.398,04	14.349.922,44
F. Aktive latente Steuern	0,00	0,00
G. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	0,00	0,00
Summe der Aktiva	2.734.458.557,63	2.631.303.866,28



Jahresbilanz zum 31. Dezember – Passiva

(in Euro)	2023	2022
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	100.000.000,00	100.000.000,00
II. Kapitalrücklage	81.772.569,19	81.772.569,19
III. Gewinnrücklagen		
1. Gesetzliche Rücklage	10.000.000,00	10.000.000,00
2. Andere Gewinnrücklagen	300.400.000,00	298.700.000,00
	310.400.000,00	308.700.000,00
IV. Gewinnvortrag	39.657,74	85.943,03
V. Jahresüberschuss	21.883.453,28	21.653.714,71
	514.095.680,21	512.212.226,93
B. Nachrangige Verbindlichkeiten	30.000.000,00	30.000.000,00
C. Versicherungstechnische Rückstellungen		
I. Beitragsüberträge		
1. Bruttobetrag	237.054.155,38	232.688.529,63
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00	0,00
	237.054.155,38	232.688.529,63
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		
1. Bruttobetrag	1.420.028.939,29	1.358.731.610,13
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	- 1.147.335,53	- 1.195.262,55
	1.418.881.603,76	1.357.536.347,58
III. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen	108.228.745,00	89.348.998,01
IV. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen		
1. Bruttobetrag	1.065.000,00	1.080.000,00
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00	0,00
	1.065.000,00	1.080.000,00
	1.765.229.504,14	1.680.653.875,22
D. Andere Rückstellungen		
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	227.014.116,53	223.186.402,61
II. Steuerrückstellungen	11.325.943,34	10.282.089,39
III. Sonstige Rückstellungen	83.403.513,84	76.751.995,04
	321.743.573,71	310.220.487,04
E. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft	430,22	3.941,11

**Jahresbilanz zum 31. Dezember – Passiva**

(in Euro)	2023	2022
F. Andere Verbindlichkeiten		
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber		
1. Versicherungsnehmern	17.593.829,72	16.210.671,00
2. Versicherungsvermittlern	29.560.273,55	27.058.340,16
davon gegenüber verbundenen Unternehmen: 238.414,45 € (Vj. 249.348,89 €)		
davon an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0,00 € (Vj. 0,00 €)		
	47.154.103,27	43.269.011,16
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft	2.222.632,42	1.252.739,94
davon an verbundene Unternehmen: 0,00 € (Vj. 0,00 €)		
davon an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0,00 € (Vj. 0,00 €)		
III. Sonstige Verbindlichkeiten	50.983.854,96	50.549.841,17
davon aus Steuern: 20.626.129,49 € (Vj. 22.440.761,75 €)		
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: 1.993.455,80 € (Vj. 1.746.417,29 €)		
davon gegenüber verbundenen Unternehmen: 13.580.030,90 € (Vj. 11.679.208,73 €)		
davon gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0,00 € (Vj. 0,00 €)		
	100.360.590,65	95.071.592,27
G. Rechnungsabgrenzungsposten	270.860,84	196.164,64
H. Passive latente Steuern	2.757.917,86	2.945.579,07
Summe der Passiva	2.734.458.557,63	2.631.303.866,28



II. Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember

(in Euro)	2023	2022
I. Versicherungstechnische Rechnung		
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung		
a) Gebuchte Bruttobeiträge	1.232.715.911,99	1.169.858.909,58
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	- 1.112.869,84	- 951.097,72
	1.231.603.042,15	1.168.907.811,86
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	- 5.907.168,40	- 13.199.034,62
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	0,00	0,00
	- 5.907.168,40	- 13.199.034,62
	1.225.695.873,75	1.155.708.777,24
2. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung	1.623.332,81	1.450.044,41
3. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung		
a) Zahlungen für Versicherungsfälle		
aa) Bruttobetrag	565.741.158,58	526.456.196,16
bb) Anteil der Rückversicherer	- 35.067,37	- 166.102,54
	565.706.091,21	526.290.093,62
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		
aa) Bruttobetrag	- 60.735.700,80	- 49.032.611,43
bb) Anteil der Rückversicherer	- 47.927,02	967.652,50
	- 60.783.627,82	- 48.064.958,93
	626.489.719,03	574.355.052,55
4. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Nettorückstellungen	15.000,00	- 131.000,00
5. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung		
a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	540.444.144,13	512.188.311,90
b) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft	0,00	0,00
	540.444.144,13	512.188.311,90
6. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung	0,00	0,00
7. Zwischensumme	60.400.343,40	70.484.457,20
8. Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen	- 18.879.746,99	- 14.921.307,01
9. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung	41.520.596,41	55.563.150,19





Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember

(in Euro)	2023	2022
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung		
1. Erträge aus Kapitalanlagen		
a) Erträge aus Beteiligungen	21.429.697,83	48.915.913,05
davon aus verbundenen Unternehmen: 13.364.847,30 € (Vj. 42.386.912,44 €)		
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		
davon aus verbundenen Unternehmen: 168.741,33 € (Vj. 139.800,71 €)		
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	4.437.342,41	4.505.119,75
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	22.588.412,06	17.233.327,29
	27.025.754,47	21.738.447,04
c) Erträge aus Zuschreibungen	8.327.135,67	185.390,02
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	33.171.785,54	2.719.501,18
e) Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	12.158.224,61	4.941.126,44
	102.112.598,12	78.500.377,73
2. Aufwendungen für Kapitalanlagen		
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für Kapitalanlagen	8.748.970,62	7.114.887,58
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	12.219.890,72	31.204.150,25
davon außerplanmäßige Abschreibungen: 11.132.221,23 € (Vj. 30.062.786,88 €)		
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	28.773.235,41	5.621.020,60
	49.742.096,75	43.940.058,43
	52.370.501,37	34.560.319,30
3. Sonstige Erträge	131.768.573,12	127.412.203,75
4. Sonstige Aufwendungen	181.411.773,61	176.122.581,14
	-49.643.200,49	-48.710.377,39
5. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	44.247.897,29	41.413.092,10
6. Außerordentliche Erträge	0,00	0,00
7. Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00
8. Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	21.264.249,36	18.824.711,77
davon latente Ertragssteuern: - 187.661,21 € (Vj. - 1.528.274,51 €)		
10. Sonstige Steuern	1.100.194,65	934.665,62
	22.364.444,01	19.759.377,39
11. Jahresüberschuss	21.883.453,28	21.653.714,71



Anhang

III. Allgemeine Angaben

Die ARAG SE ist im Handelsregister des Amtsgerichts Düsseldorf unter der Nummer HRB 66846 eingetragen. Firmensitz ist ARAG Platz 1, 40472 Düsseldorf.

Die Gesellschaft hat den vorliegenden Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2023 nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) für große Kapitalgesellschaften erstellt. Dieser wurde unter Berücksichtigung der ergänzenden Vorschriften für Kapitalgesellschaften und der ergänzenden Vorschriften für Versicherungsunternehmen, des Gesetzes über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen (Versicherungsaufsichtsgesetz [VAG]) und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) aufgestellt.

Die Darstellung des Anhangs wurde im Vergleich zum Vorjahr geändert. Durch die geänderte Vorgehensweise soll die Klarheit der Berichterstattung verbessert werden. Zudem wird damit eine Vereinheitlichung der Berichterstattung aller Versicherungsunternehmen des ARAG Konzerns realisiert. Dies trägt zu einer effizienteren Erstellung des Anhangs und zur Verbesserung der Vergleichbarkeit bei.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich zu den mathematisch genauen Werten durch die Darstellung in Tausend Währungseinheiten Rundungsdifferenzen ergeben. Differenzen können in Summen- und in Prozentangaben auftreten.

Für die Gliederung des Jahresabschlusses wurden die Formblätter 1 und 2 gemäß § 2 RechVersV verwendet. Die Gesellschaft ist eine große Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 3 HGB. Deswegen und aufgrund der Verpflichtung nach § 341a Abs. 1 HGB wurden die Rechnungslegungsvorschriften für große Kapitalgesellschaften angewendet.

Am 27. Dezember 2023 wurde das Gesetz zur Gewährleistung einer globalen Mindestbesteuerung für Unternehmensgruppen (Mindeststeuergesetz – MinStG) im Bundessteuerblatt veröffentlicht. Ziel des MinStG ist es, eine effektive Mindestbesteuerung von Unternehmensgewinnen in Höhe von 15 Prozent sicherzustellen, unabhängig davon, in welchen Ländern diese Gewinne angefallen sind. Wird diese effektive Steuerlast nicht bereits durch die Anwendung der weiterhin gültigen nationalen steuerlichen Vorschriften (in Deutschland zum Beispiel des Körperschaftsteuer- und Gewerbesteuergesetzes) erreicht, wird eine Ergänzungssteuer erhoben. Das Gesetz ist erstmals auf das Geschäftsjahr 2024 anzuwenden.

Als Teil des ARAG Konzerns ist die Gesellschaft grundsätzlich von der globalen Mindestbesteuerung betroffen. Das Mutterunternehmen legt derzeit durch entsprechende Analysen die entsprechende Grundlage, um deren Anforderungen zu erfüllen. Es entstehen keine quantitativen Auswirkungen auf den Jahresabschluss 2023. Mögliche Auswirkungen auf zukünftige Jahresabschlüsse können zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht quantifiziert werden.



IV. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen wurden weitestgehend einheitlich nach den Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen des ARAG Konzerns erstellt. Die folgenden sich aus den maßgeblichen Rechtsvorschriften ergebenden Bilanzierungsgrundsätze und Bewertungsvorschriften wurden berücksichtigt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Immaterielle Vermögensgegenstände

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten in der Bilanz ausgewiesen und werden planmäßig entsprechend ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben.

Grundstücke und Gebäude

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken sind mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige, lineare Abschreibungen, bewertet worden. Die Nutzungsdauer von Gebäuden wird mit einem Zeitraum von 40 bis 50 Jahren eingeschätzt.

Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden mit den Anschaffungskosten bewertet, gegebenenfalls gekürzt um Abschreibungen wegen des Eintretens einer dauerhaften Wertminderung.

Ausleihungen an verbundene Unternehmen und Beteiligungen werden zu Anschaffungskosten bilanziert, die in der Regel mit dem Nominalwert übereinstimmen. Die Anschaffungskosten werden über die Laufzeit um die planmäßigen Tilgungen reduziert.

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Die nach den Grundsätzen des Umlaufvermögens geführten Wertpapiere werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet und mit den Anschaffungskosten oder mit dem niedrigeren Marktwert angesetzt. Bei Wegfall der Gründe für eine früher erfolgte außerplanmäßige Abschreibung wird eine Zuschreibung bis zum beizulegenden Wert, höchstens jedoch bis zu den Anschaffungskosten durchgeführt.

Wenn Anlagen dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, führen kurzfristige Schwankungen des Börsenkurses gemäß dem gemilderten Niederstwertprinzip nicht zu Veränderungen des Buchwerts. In diesem Fall wirken sich nur nachhaltige Wertveränderungen aus.

Zur Ermittlung des nachhaltigen Fondswerts erfolgt dabei eine Durchsicht auf die Einzelbestandteile des Sondervermögens. Kriterien zur Überprüfung von nachhaltigen Wertänderungen sind bei Rententiteln deren Rating und Nominalwert. Für Aktien werden Vergleiche mit historischen Bewertungsparametern herangezogen. Für Anteile an Unternehmen, an Infrastrukturinvestitionen und Immobilieninvestitionen werden Einschätzungen der Experten in den Kapitalanlagegesellschaften auf der Grundlage des Net Asset Value (NAV) des dem Bewertungsstichtag vorhergehenden Quartals herangezogen.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere werden, sofern nicht anders bestimmt, abweichend vom Grundsatz in § 341b Abs. 2 HGB wie Anlagevermögen bewertet und für sie somit das gemilderte Niederstwertprinzip angewendet. Für Wertpapiere ohne jegliches Rating gilt das strenge Niederstwertprinzip. Eine Wertminderung unter den Nominalbetrag wird als nachhaltig angesehen, wenn sich die Bonität des Emittenten wesentlich verschlechtert hat. Als Indiz dafür gelten signifikante Herabstufungen des Ratings um zwei oder mehr Stufen seit dem Erwerb. Wenn vertraglich definierte Zahlungen ausfallen, ist von einer dauerhaften Wertminderung auszugehen. Der Abschreibungsbedarf auf den beizulegenden Wert wird nach Maßgabe der



restlaufzeitabhängigen Ausfallwahrscheinlichkeit in Verbindung mit der Verlustquote ermittelt. Für die Folgebewertung ist, bis zum Wegfall der Ursache der Abschreibung, der beizulegende Wert maßgeblich. Beim Erwerb über oder unter pari und Halten bis zur Endfälligkeit stellt der Unterschiedsbetrag zum Nennwert einen Bestandteil der Anschaffungskosten dar. Dieser wird zusammen mit dem Wertpapier gebucht, jedoch getrennt von diesem behandelt. Der Unterschiedsbetrag (Agio beziehungsweise Disagio) wird planmäßig über die Laufzeit der Inhaberschuldverschreibung nach der Effektivzinsmethode amortisiert.

Hypotheken-, Grundschul- und Rentenforderungen und andere Kapitalanlagen

Hypotheken-, Grundschul- und Rentenforderungen und andere Kapitalanlagen sind mit dem beizulegenden Wert bilanziert.

Namensschuldverschreibungen

Namensschuldverschreibungen sind mit dem Nennwert beziehungsweise dem Rückforderungsbetrag bilanziert. Sind Agio- und Disagioträge auszuweisen, werden diese durch aktive beziehungsweise passive Rechnungsabgrenzung linear auf die Laufzeit verteilt und berücksichtigt. Zero-Namensschuldverschreibungen werden, sofern vorhanden, mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten oder ihrem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie übrige Ausleihungen

Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie übrige Ausleihungen werden mit den Anschaffungskosten bilanziert, soweit nicht dauerhafte Wertminderungen vorliegen. Agio- und Disagioträge wurden unter Anwendung der Effektivzinsmethode berücksichtigt.

Bei den im Direktbestand der Namensschuldverschreibungen und Schuldscheinforderungen befindlichen strukturierten Produkten handelt es sich gemäß der Verlautbarung IDW RS HFA 22 des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW) um einfach strukturierte Produkte.

Einlagen bei Kreditinstituten

Die Einlagen bei Kreditinstituten sind mit den Nominalbeträgen angesetzt.

Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft

Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft werden mit dem Nennwert der an Vorversicherer geleisteten Sicherungsbeträge bilanziert.

Die Kapitalanlagen sind den Geschäftseinheiten (Hauptverwaltung und Niederlassung) individuell zugeordnet. Die Zuordnung ist durch die Erfassung im jeweiligen Buchwerk der Geschäftseinheit dokumentiert. Entsprechend der Zuordnung werden auch die Erträge aus den Kapitalanlagen der jeweiligen Geschäftseinheit zugeordnet. Im jährlichen Rhythmus wird die Zuordnung auf der Grundlage der modifizierten Kapitalaufteilungsmethode der deutschen Finanzverwaltung, die von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) anerkannt wird, überprüft und gegebenenfalls über Ausgleichszahlungen angepasst.

Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

Die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft sind grundsätzlich zum Nennwert bilanziert. Soweit erforderlich, werden Forderungen an Versicherungsnehmer abgeschrieben beziehungsweise unter Berücksichtigung eines überschrittenen vordefinierten Fälligkeitszeitraums einzel- oder pauschalwertberichtigt.

Forderungen an Versicherungsvermittler

Die Forderungen an Versicherungsvermittler werden durch Einzelwertberichtigungen und gegebenenfalls eine Pauschalwertberichtigung in Höhe der mutmaßlichen Ausfälle vermindert.

Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft

Die Bilanzierung der Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft erfolgt in Höhe der noch offenen Abrechnungssalden.



Sonstige Forderungen

Die Forderungen sind grundsätzlich zum Nennwert bilanziert.

Sachanlagen und Vorräte

Die Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten aktiviert und linear über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer abgeschrieben.

Der Bestand an Vorräten wurde durch körperliche Aufnahme ermittelt. Die Bewertung erfolgt zu den Anschaffungskosten, die um angemessene Abschläge zur Berücksichtigung von Lagerrisiken und Marktgängigkeit vermindert wurden.

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand

Der Bestand an laufenden Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand ist zu Anschaffungskosten bewertet. Diese entsprechen dem Nennwert. Die Bestände werden durch Bankauszüge und Kassenprotokolle nachgewiesen. Erteilte Zahlungsaufträge, die zum Bilanzstichtag noch nicht ausgeführt waren, sind von den Beständen für den Bilanzausweis abgezogen worden.

Bankbestände, die auf fremde Währung lauten, wurden mit dem Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag unter Außerachtlassung des Anschaffungskosten- und des Realisationsprinzips umgerechnet, soweit die Laufzeit den Zeitraum von einem Jahr nicht überschreitet. Bei längeren Laufzeiten wurden die Fremdwährungspositionen mit dem Transaktionskurs oder dem Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag bewertet, sofern dieser unterhalb der Anschaffungskosten liegt.

Andere Vermögensgegenstände

Die anderen Vermögensgegenstände sind mit den Nennwerten bilanziert, die den Anschaffungskosten entsprechen.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind zum Nennwert bilanziert und enthalten im Wesentlichen noch nicht fällige Zinsforderungen aus Zinspapieren und aus Darlehen.

Aktive und passive latente Steuern

Soweit zwischen handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen Differenzen auftreten, die sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen, entstehen darauf latente Steuern zu den unternehmensindividuellen Steuersätzen, die in den Ländern des Sitzes der Unternehmenseinheiten gelten. Zu berücksichtigen sind hierbei auch solche Differenzen, deren Umkehrzeitpunkt noch nicht exakt feststeht oder von einer Disposition des Unternehmens abhängig ist oder erst im Zeitpunkt der Liquidation eintreten würden. Die aus den Umkehrwirkungen zu erwartenden aktiven und passiven latenten Steuern werden miteinander saldiert. Die Saldierung erfolgt nur innerhalb der einzelnen Jurisdiktionen, nicht übergreifend. Ein Ausweis in der Bilanz erfolgt nur, wenn der Saldo passivisch ist. Aktive latente Steuern werden nicht angesetzt.

Eigenkapital

Als gezeichnetes Kapital ist das Grundkapital auszuweisen. Die Kapitalrücklage umfasst solche Kapitalbeträge, die der Gesellschaft von außen zugeführt und nicht aus dem erwirtschafteten Ergebnis gebildet wurden. Die Gewinnrücklagen setzen sich aus der gesetzlichen Rücklage und der anderen Gewinnrücklage zusammen. Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses nach teilweiser Verwendung des Ergebnisses durch den Vorstand enthält der Bilanzgewinn den Saldo aus dem Jahresergebnis, dem Ergebnisvortrag aus dem Vorjahr und den Veränderungen der anderen Gewinnrücklagen.

Nachrangige Verbindlichkeiten

Nachrangige Verbindlichkeiten wurden zur Stärkung der Eigenmittel bei der Konzernsolvenz im Wege eines Private Placements emittiert. Die nachrangigen Verbindlichkeiten wurden mit dem Rückzahlungsbetrag (= Erfüllungsbetrag) passiviert. Die Namenspapiere sind nicht an einem organisierten Markt im Sinne von § 2 Abs. 5 des Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG) in Deutschland handelbar. Die nachrangige Verbindlichkeit wird am 29. Juli 2024 zurückgezahlt.



Beitragsüberträge

Die Bruttobeitragsüberträge für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft wurden, ausgehend von den gebuchten Beiträgen und Stornierungen, pro rata temporis berechnet und um die darin enthaltenen Ratenzuschläge gekürzt. Die Überträge werden um die nicht übertragungsfähigen Einnahmeanteile gekürzt.

Die Bruttobeitragsüberträge für das übernommene Versicherungsgeschäft werden nach den Angaben der Erstversicherer bilanziert.

Die Anteile der Rückversicherer an den Beitragsüberträgen wurden entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen ermittelt.

Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft wurde getrennt nach Ereignisjahren für im jeweiligen Geschäftsjahr gemeldete sowie für bis zum Bilanzstichtag eingetretene, aber noch nicht gemeldete Schäden gebildet. Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wird grundsätzlich einzeln ermittelt und nach dem individuellen Bedarf bewertet.

Bei einer hohen Anzahl von offenen Versicherungsfällen werden Gruppenbewertungsverfahren angewendet, wenn beim Vorliegen von gleichartigen Risiken deren bilanzmäßig individuelle Behandlung schwierig oder gar unzumutbar ist.

Für Spätschäden und Wiedereröffnungen werden auf der Grundlage von Erfahrungswerten Pauschalrückstellungen gebildet.

Es wurde eine Rückstellung für Schadenregulierungsaufwendungen angesetzt. Die Bewertung wurde nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung unter Berücksichtigung der dauernden Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen vorgenommen. Dabei wurden die Wertverhältnisse am Abschlussstichtag zugrunde gelegt.

Die Schadenrückstellungen des in Rückdeckung übernommenen Geschäfts wurden nach den Angaben der Erstversicherer bilanziert. In Fällen, in denen die Angaben der Erstversicherer offenkundig nicht ausreichend sind, werden Zusatzreserven gebildet. Diese werden auf der Grundlage aktuarieller Prognoseverfahren eingeschätzt.

Die Anteile für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft wurden entsprechend den Regelungen in den Rückversicherungsverträgen errechnet.

Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen

Die sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen wurden in der Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr wurden entsprechend ihrer Restlaufzeit mit den von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Zinssätzen abgezinst.

Die unter den sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen ausgewiesene Stornorückstellung für Wagnisfortfall und Wagnisminderung im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft ist im Berichtsjahr nach einem auf Erfahrungswerten beruhenden Stornosatz berechnet worden.

Schwankungsrückstellung

Die Schwankungsrückstellung für das selbst abgeschlossene und das übernommene Versicherungsgeschäft wird nach § 341h HGB in Verbindung mit § 29 RechVersV angesetzt und bewertet. Die Aufteilung der errechneten Schwankungsrückstellung auf die Hauptverwaltung und die Niederlassungen erfolgt für die jährlichen Anpassungsbeträge nach verdienten Bruttobeiträgen in dem jeweiligen Versicherungszweig.

Die Berechnung erfolgt getrennt für das selbst abgeschlossene Geschäft und für das in Rückdeckung übernommene Geschäft jeweils nach Versicherungszweigen.



Pensionsrückstellungen

Die Pensionsrückstellungen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen gemäß der Projected Unit Credit Method (PUC-Methode) auf der Grundlage der Richttafeln 2018 G von Heubeck berechnet.

Für Organisationseinheiten im Ausland werden lokale Sterbetafeln verwendet, die die Lebenserwartung außerhalb Deutschlands zutreffend abbilden.

Neben den aktuellen Gegebenheiten wurden auch künftige Entwicklungen hinsichtlich Gehälter, Renten und Fluktuation berücksichtigt. Die Abzinsung erfolgte mit dem von der Bundesbank gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) veröffentlichten durchschnittlichen Zinssatz der letzten zehn Jahre bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren. Wie im Vorjahr wurde auch in 2023 für die Bewertung ein Rechnungszinssatz auf Zehn-Jahres-Durchschnittsbasis verwendet. Dieser beträgt 1,83 Prozent (Vj. 1,79 Prozent). Der verwendete Zinssatz wurde auf Basis der Marktdaten zum 1. Oktober 2023 zum Jahresende prognostiziert und leitet sich aus der RückAbzinsV ab.

Zum 31. Dezember 2023 verursacht der Unterschied zwischen der Anwendung des Zehn-Jahres-Durchschnitts und der Anwendung des Sieben-Jahres-Durchschnitts (1,76 Prozent, Vj. 1,45 Prozent) eine um 2.220 T€ (Vj. 11.214 T€) geringere Pensionsrückstellung.

Diese ist nicht zur Ausschüttung gesperrt, sofern die nach Ausschüttung verbleibenden frei verfügbaren Rücklagen mindestens dem Unterschiedsbetrag entsprechen.

Die im Nachfolgenden erläuterten versicherungsmathematischen Parameter wurden für die Ermittlung der Verpflichtungen verwendet. Pensionsalter: frühestmögliches Alter gemäß Rentenversicherungs-Altersgrenzenanpassungsgesetz (RVAGAnpG), Gehaltsdynamik: 2,50 Prozent, Rentendynamik: 2,40 Prozent. Die berücksichtigte Fluktuation entspricht dem allgemein beobachtbaren altersabhängigen Durchschnitt der Branche und beeinflusst den Erfüllungsbetrag nur geringfügig.

Die Aktivwertansprüche aus der Rückdeckungsversicherung wurden mit der Verpflichtung aus den Pensionszusagen verrechnet. Der beizulegende Zeitwert der Aktivwertansprüche entspricht dem Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden.

Das Wahlrecht gemäß Artikel 28 Abs. 1 des Einführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuch (EGHGB) zur Unterlassung der Bildung von Pensionsrückstellungen für Altzusagen ist nicht in Anspruch genommen worden.

Wertpapiere, die der Bedeckung von Altersversorgungsverpflichtungen dienen, werden zum Zeitwert mit dem Barwert der Verpflichtung verrechnet. Da die Anschaffungskosten über dem Zeitwert liegen, ist kein ausschüttungsgesperrter Betrag gemäß § 268 Abs. 8 Satz 3 HGB entstanden. In jedem Falle wirkt sich dieser Sachverhalt nicht auf die ausschüttbare Dividende aus, da ausreichend frei verfügbare Rücklagen vorhanden sind.

Für Mitarbeitende in Italien bestehen Verpflichtungen zur Übernahme von Krankheitskosten nach dem altersbedingten Ausscheiden, für zusätzliche Altersversorgungsleistungen bei langer Betriebszugehörigkeit und für umzuwandelnde Versorgungsansprüche aus Abfertigungsansprüchen. Die Bewertung erfolgte nach aktuariellen Grundsätzen unter Berücksichtigung der Lebenserwartung nach der geschlechtsspezifischen Tabelle A62, einer Fluktuation bis zum Alter 65 von 3,0 Prozent und einem Diskontierungssatz von 1,83 Prozent (Vj. 1,45 Prozent).

Steuerrückstellungen

Die Steuerrückstellungen sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung zu erwartenden Erfüllungsbetrags angesetzt worden.

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen werden generell in Höhe des Betrags angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung zur Erfüllung der Verpflichtung notwendig ist. Diese haben im Allgemeinen eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr.



Sonstige Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr wurden entsprechend ihrer Restlaufzeit mit den von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Zinssätzen abgezinst.

Folgende wesentliche sonstige Rückstellungen unterliegen spezifischen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen:

Rückstellungen für Vorruhestandsverpflichtungen

Rückstellungen für Vorruhestandsverpflichtungen werden für den Personenkreis gebildet, mit dem einzelvertragliche Vereinbarungen bestehen. Die Berechnung erfolgt nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Zugrundelegung der Richttafeln 2018 G von Heubeck mit einem Rechnungszinsfuß (Sieben-Jahres-Durchschnitt) von 1,76 Prozent (Vj. 1,45 Prozent) und künftigen Gehaltssteigerungen von 2,5 Prozent pro Jahr.

Im Geschäftsjahr wurde eine Rückstellung gemäß dem Altersteilzeitabkommen für das private Versicherungsgewerbe nach der Verlautbarung des IDW unter Zugrundelegung eines laufzeitadäquaten Rechnungszinsfußes von 1,76 Prozent (Vj. 1,45 Prozent) gebildet. Die Insolvenzsicherung von Wertguthaben aus Arbeitszeitkontenmodellen der Arbeitnehmer nach dem Altersteilzeitgesetz (AltTZG) erfolgt über eine Höchstbetragsbürgschaft einer deutschen Geschäftsbank.

Jubiläumsrückstellung

Für Jubiläumszahlungen aus Anlass von Dienstjubiläen der Mitarbeitenden wurde im Berichtsjahr eine Jubiläumsrückstellung gebildet. Die Berechnung erfolgte nach der projizierten Einmalbeitragsmethode unter Beachtung der Sterblichkeit nach den Richttafeln 2018 G von Heubeck und der Verwendung eines Diskontsatzes nach § 253 Abs. 2 HGB (Sieben-Jahres-Durchschnitt) von 1,76 Prozent (Vj. 1,45 Prozent). Die Fluktuation wurde mit durchschnittlich 1,50 Prozent und die Gehaltsdynamik mit 2,50 Prozent berücksichtigt. Als Endalter wurde das frühestmögliche Pensionsalter gemäß dem RVAGAnpG gewählt.

Depotverbindlichkeiten

Die Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft sind mit dem Nennwert der erhaltenen Sicherheitsleistung bilanziert. Sie haben eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr.

Andere Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft und die Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft sind mit dem Nennwert in Euro bewertet. Alle Verbindlichkeiten, die nicht verzinslich sind, wurden mit dem Nennwert oder dem höheren Erfüllungsbetrag bewertet. Die sonstigen Verbindlichkeiten sind mit den Erfüllungsbeträgen bilanziert.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind mit den Erfüllungsbeträgen angesetzt.

Währungsumrechnung

Ansprüche beziehungsweise Verpflichtungen mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr wurden, sofern sie auf Fremdwährungen lauten, mit dem Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag unter Außerachtlassung des Anschaffungskosten- und des Realisationsprinzips bewertet.

Erträge und Aufwendungen werden mit dem Transaktionskurs zum Zeitpunkt des Zubeziehungsweise Abflusses bewertet.



Zeitwertangaben gemäß § 54 RechVersV

Zeitwerte der Grundstücke, grundstücksgleichen Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

Alle Grundstücke und Bauten wurden auf der Basis des Ertragswertverfahrens mit den zum Stichtag ermittelten Marktwerten bewertet. Für die Zeitwertermittlung liegen intern und extern erstellte Wertgutachten vor. Diese entsprechen den Erfordernissen nach § 55 Abs. 3 RechVersV. Die Gutachten werden jährlich neu erstellt oder intern an die geänderten Rahmendaten angepasst. Die interne Anpassung wird entsprechend der Empfehlung des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) auf der Basis des „vereinfachten Ertragswertverfahrens“ mit den zum Stichtag ermittelten Marktwerten bewertet.

Zeitwerte der Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Grundsätzlich wurden die Anteile und Beteiligungen nach dem Ertragswertverfahren bewertet.

Sofern Beteiligungen und Anteile zeitnah zum Stichtag erworben wurden, ist der Zeitwert mit dem Buchwert gleichgesetzt worden.

Zeitwerte der Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen sowie Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere

Für Anteile an offen gehandelten Investmentanteilen bemisst sich der Zeitwert am beizulegenden Börsenkurswert zum Stichtag.

Für Spezialinvestmentfondsanteile ergibt sich der Zeitwert auf Basis einer Fondsdurchschau. Aktientitel innerhalb der Spezialinvestmentfondsanteile werden mit dem jeweiligen Börsenkurswert, Rententitel hingegen mit dem jeweiligen Marktwert angesetzt. Für Anteile an offen gehandelten Investmentanteilen bemisst sich der Zeitwert am beizulegenden Börsenkurswert zum Stichtag.

Anteile an Infrastrukturfonds, Immobilienfonds und Private-Equity-Fonds werden mittels gemeldeter NAV angesetzt.

Die Ermittlung der Zeitwerte der festverzinslichen Wertpapiere erfolgte entsprechend den beizulegenden Börsenkurswerten und unter den bereits zuvor aufgeführten Bewertungsverfahren dieses Bilanzpostens.

Zeitwerte der sonstigen Kapitalanlagen

Für die Ermittlung von Marktwerten bei nicht börsennotierten Papieren (Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen) wird als Kalkulationsgrundlage die Swapkurve herangezogen. Hier wird der der Laufzeit des zu bewertenden Papiers entsprechende Zinssatz auf der Swapkurve ermittelt. Etwaige Zu- und Abschläge („Spreads“) aufgrund der Ausgestaltung des jeweiligen Papiers (Laufzeit, Sicherheiten, Ratings etc.) werden entsprechend berücksichtigt. Die restlichen ausgewiesenen Kapitalanlagen wurden mit Börsen- oder Marktwerten angesetzt.

Zeitwerte nach Anlageklasse

In der Aufstellung der Kapitalanlagen im Anhang unter „Angaben zur Aktivseite der Bilanz“ sind die Zeitwerte nach Anlageklasse angegeben.



V. Angaben zur Aktivseite der Bilanz

Entwicklung der Aktivposten A., B. I. bis III. im Geschäftsjahr

(in Tausend Euro)	Bilanzwerte 31.12.2022	Währungs- differenzen	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte 31.12.2023	Zeitwerte gemäß § 54 RechVersV	Stille Reserve/ stille Last 31.12.2023
A. Immaterielle Vermögensgegenstände										
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	3.035	0	2.322	1	0	0	2.308	3.048	3.048	0
2. Geschäfts- oder Firmenwert	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe A.	3.035	0	2.322	1	0	0	2.308	3.048	3.048	0
B. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	47.869	0	1.198	2.707	0	115	1.583	44.893	63.975	19.082
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen										
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	429.131	0	25.674	1.447	0	4.230	4.005	453.583	1.082.519	628.936
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	2.175	0	3.454	300	0	0	0	5.329	5.782	453
3. Beteiligungen	17.053	0	208	0	0	0	0	17.261	51.681	34.420
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe B. II.	448.358	0	29.336	1.747	0	4.230	4.005	476.173	1.139.982	663.809
III. Sonstige Kapitalanlagen										
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	632.894	0	276.017	246.279	0	0	277	662.355	673.018	10.663
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	833.894	-9	255.970	296.754	0	3.941	6.354	790.688	767.601	-23.087
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
4. Sonstige Ausleihungen										
a) Namensschuldverschreibungen	94.511	0	0	511	0	0	0	94.000	91.445	-2.555
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	196.851	0	17	44.011	0	41	0	152.898	147.412	-5.485
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
d) Übrige Ausleihungen	118	0	19	51	0	0	0	86	86	0
5. Einlagen bei Kreditinstituten	57.030	-369	20.365	32.000	0	0	0	45.026	45.026	0
6. Andere Kapitalanlagen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe B. III.	1.815.298	-378	552.389	619.606	0	3.982	6.631	1.745.054	1.724.590	-20.464
Summe B.	2.311.526	-378	582.923	624.059	0	8.327	12.220	2.266.119	2.928.547	662.427
Insgesamt	2.314.561	-378	585.246	624.060	0	8.327	14.528	2.269.168	2.931.596	662.427



Grundstücke und Gebäude

Außerplanmäßige Abschreibungen auf Grundstücke wegen voraussichtlich dauerhafter Wertminderung wurden im Berichtsjahr im Umfang von 496 T€ (Vj. 245 T€) vorgenommen.

Zuschreibungen wegen des Wegfalls des Grunds für den niedrigeren Wert wurden im Geschäftsjahr in Höhe von 115 T€ (Vj. 185 T€) vorgenommen.

Grundstücke mit Geschäftsbauten mit einem Buchwert von 28.163 T€ (Vj. 28.785 T€) wurden für den eigenen Geschäftsbetrieb genutzt.

Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Im abgeschlossenen Geschäftsjahr erfolgten außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 4.005 T€ (Vj. 8.100 T€). Zuschreibungen wegen des Wegfalls der Gründe für die vorangegangenen Wertminderungen wurden im Geschäftsjahr in Höhe von 4.230 T€ vorgenommen (Vj. 0 T€).

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen mit einem Anteilsbesitz von mindestens 20,0 Prozent, die bestimmt sind, dem eigenen Geschäftsbetrieb durch Herstellung einer dauernden Verbindung zu dienen, stellen sich wie folgt dar:



Anteilsbesitzliste

Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil	Eigenkapital	Jahresergebnis
	(in Prozent)	(in Tausend Euro)	(in Tausend Euro)
Anteile an verbundenen Unternehmen			
Agencia de Seguros ARAG S.A., Barcelona (Zahlen aus dem letzten vorliegenden Abschluss zum 31.12.2022)	100,00	232	61
ALIN 1 GmbH & Co. KG, Düsseldorf	100,00	111.615	4.553
ALIN 1 Verwaltungs-GmbH, Düsseldorf	100,00	35	2
ARAG 2000 Grundstücksgesellschaft eGbR, Düsseldorf	50,90	67.925	3.734
ARAG Allgemeine Versicherungs-AG, Düsseldorf	100,00	55.323	12.158
ARAG International Holding GmbH, Düsseldorf	100,00	107.678	39.269
ARAG IT GmbH, Düsseldorf	100,00	8.184	-55
ARAG Krankenversicherungs-AG, München	94,00	102.253	12.500
ARAG Legal Services B. V., Leusden	100,00	282	-30
ARAG Legal Solutions Inc., Toronto	100,00	6.344	-237
ARAG Liegenschaftsverwaltungs- und Beratungsgesellschaft mbH, Düsseldorf	100,00	372	12
ARAG Liegenschaftsverwaltungs- und Beratungs-GmbH & Co. Immobilien KG, Düsseldorf	50,00	6.077	1.917
ARAG plc (ARAG GB), Bristol	100,00	13.682	724
ARAG Scandinavia AS, Oslo	100,00	26.056	-20
ARAG Service Center GmbH, Düsseldorf	80,00	399	73
ARAG Services Australia Pty Ltd., Sydney	100,00	1.269	-1.050
ARAG Services Spain & Portugal S. L., Barcelona (Zahlen aus dem letzten vorliegenden Abschluss zum 31.12.2022)	100,00	616	-2.767
ARAG-France Assistance et Règlement de Sinistres Automobiles et Généraux S.A.R.L. (ARAG F), Versailles	100,00	19	0
Cura Versicherungsvermittlung GmbH, Düsseldorf	100,00	3.353	716
Justix GmbH, Düsseldorf (Geschäftsbetrieb eingestellt)	100,00	862	3
SolFin GmbH, Düsseldorf	75,10	484	151
Assoziierte Unternehmen			
AXA-ARAG Rechtsschutz AG, Zürich	29,17	57.946	27.616
Sonstige Beteiligungen			
Jusperta GmbH, Düsseldorf	33,33	343	-283

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Im Berichtsjahr waren Abschreibungen nach dem strengen Niederstwertprinzip in Höhe von 1 T€ (Vj. 0 T€) vorzunehmen.

Abschreibungen nach dem gemilderten Niederstwertprinzip wurden im Umfang von 277 T€ (Vj. 12.283 T€) durchgeführt. Wertaufholungen wurden weder im Geschäftsjahr

noch im Vorjahr wegen des Wegfalls der Gründe für eine vorhergehende Wertminderung durchgeführt.

Zum Bilanzstichtag bestanden keine unsaldierten stillen Lasten (Vj. 22.535 T€) aufgrund der Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips.

Im Kapitalanlagebestand sind folgende Investmentvermögen enthalten, die zu mehr als 10,0 Prozent durch die Gesellschaft gehalten werden:



Angaben gemäß § 285 Nr. 26 HGB

Fonds	Art der Fonds	Anlageziel	Buchwert	Marktwert	Differenz	Ausschüttung 2023
			31.12.2023	31.12.2023		
			(in Tausend Euro)	(in Tausend Euro)	(in Tausend Euro)	(in Tausend Euro)
ARRE	Rentenfonds	Ertragsmehrung	649.120	659.573	10.453	1.403
Summe			649.120	659.573	10.453	1.403

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Inhaberschuldverschreibungen mit einem Buchwert von 580.653 T€ (Vj. 652.940 T€) sind bei der ARAG SE der dauernden Vermögensanlage gewidmet und wurden wie Anlagevermögen behandelt.

Im Berichtsjahr wurden Inhaberschuldverschreibungen in Höhe von 50.689 T€ vom Anlagevermögen in das Umlaufvermögen umgewidmet, da diese zum Zwecke der Anpassung der Kapitalanlagestruktur und der Möglichkeit der Erzielung höherer Zinscoupons in der Zukunft veräußert wurden.

Im Geschäftsjahr waren Abschreibungen nach dem strengen Niederstwertprinzip in Höhe von 6.332 T€ (Vj. 8.417 T€) vorzunehmen.

Abschreibungen nach dem gemilderten Niederstwertprinzip erfolgten im Umfang von 22 T€ (Vj. 877 T€). Zuschreibungen wegen Werterholungen wurden im Umfang von 3.941 T€ (Vj. 1 T€) realisiert.

Zum Bilanzstichtag bestanden aufgrund der Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips saldierte stille Lasten in Höhe von 24.653 T€ (Vj. 92.053 T€).

Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenforderungen und andere Kapitalanlagen

Weder im Berichtsjahr noch im Vorjahr waren Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert erforderlich.

Namenschuldverschreibungen

Weder im abgelaufenen Geschäftsjahr noch im Vorjahr waren Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert erforderlich.

Die mit den Nominalbeträgen abzüglich zwischenzeitlicher Tilgungen angesetzten Namensschuldverschreibungen weisen am Bilanzstichtag gemessen am theoretischen Marktwert, berechnet über die Swap-Kurve, vorübergehend eine saldierte stille Last aus (- 2.555 T€).

Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie übrige Ausleihungen

Im Berichtsjahr waren keine Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert erforderlich (Vj. 142 T€).

Bei den Schuldscheinforderungen und Darlehen ergibt sich am Bilanzstichtag gemessen am theoretischen Marktwert, berechnet über die Swap-Kurve, vorübergehend eine stille Last (- 5.485 T€).



Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft

Der Saldo von 48.400 T€ (Vj. 60.795 T€) ergibt sich aus dem laufenden Geschäft. Die Bilanzierung erfolgte in Höhe der noch offenen Abrechnungssalden.

Bonitätsklasse

(in Tausend Euro)	2023
A+	3.434
A-	23.042
BBB	1.404
NR	20.521

Sonstige Forderungen

Alle Posten unter den sonstigen Forderungen haben eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr.

In den sonstigen Forderungen sind im Wesentlichen Salden aus dem laufenden Verrechnungsverkehr mit Konzernunternehmen, aus Regulierungshilfen für Erstversicherungspartner und aus noch nicht abgeschlossenen Anschaffungsgeschäften enthalten.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten enthalten im Wesentlichen abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsansprüche für den Ertragszeitraum vor dem Bilanzstichtag.

Dieser Posten beinhaltet Auszahlungen vor dem Bilanzstichtag, die im Folgejahr als Aufwand zu behandeln sind.

VI. Angaben zur Passivseite der Bilanz

Eigenkapital

Eigenkapital

(in Tausend Euro)	2023	2022
Eigenkapital gesamt	514.096	512.213
davon		
1. Gezeichnetes Kapital		
Grundkapital	100.000	100.000
2. Kapitalrücklage gemäß § 272 Abs. 2 Ziff. 4 HGB		
Kapitalrücklage am 1. Januar	81.773	81.773
Entnahmen aus der Kapitalrücklage	0	0
Einstellungen in die Kapitalrücklage	0	0
Kapitalrücklage am 31. Dezember	81.773	81.773
3. Gewinnrücklagen		
a) Gesetzliche Rücklage		
Vortrag am 1. Januar	10.000	10.000
Entnahmen	0	0
Einstellungen in die Gewinnrücklage	0	0
Einstellungen aus dem Ergebnis	0	0
Stand am 31. Dezember	10.000	10.000
b) Andere Gewinnrücklagen		
Vortrag am 1. Januar	298.700	295.200
Entnahmen aus der Gewinnrücklage	0	0
Einstellungen in die Gewinnrücklage	0	0
Einstellungen der Hauptversammlung	1.700	3.500
Einstellungen aus dem laufenden Bilanzgewinn	0	0
Stand am 31. Dezember	300.400	298.700
	310.400	308.700
4. Bilanzgewinn		
Bilanzgewinn am 1. Januar	21.740	23.586
Gewinnverwendung: Dividendenausschüttung	-20.000	-20.000
Gewinnverwendung: Einstellungen in die Gewinnrücklage	-1.700	-3.500
Gewinnvortrag	40	86
Jahresüberschuss	21.883	21.654
Einstellungen in die gesetzliche Rücklage (§ 150 Abs. 2 AktG)	0	0
Einstellungen in andere Gewinnrücklagen	0	0
Bilanzgewinn am 31. Dezember	21.923	21.740



Das gezeichnete Kapital ist durch die Gesellschafter in voller Höhe eingezahlt.

Die Kapitalrücklage enthält ausschließlich Beträge, die Aktionäre in das Eigenkapital der Gesellschaft nach § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB eingezahlt hatten.

Die gesetzliche Rücklage ist gemäß § 150 Abs. 2 Aktiengesetz (AktG) vollständig dotiert.

Versicherungstechnische Rückstellungen

Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle für das selbst abgeschlossene Geschäft einschließlich der Teilrückstellung für Regulierungsaufwendungen betrug am Anfang des Jahres 1.056.384 T€. Durch die Abwicklung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle im Berichtsjahr entstand ein Abwicklungsgewinn von 32.611 T€ (Vj. 43.427 T€). Das Abwicklungsergebnis aus der Abwicklung der Rückstellung für das übernommene Versicherungsgeschäft belief sich auf einen Verlust von 12.582 T€ (Vj. Gewinn 6.935 T€). Hier handelt es sich jedoch überwiegend nicht um periodenfremde Erträge und Aufwendungen, da im übernommenen Geschäft britische und kanadische After-The-Event(ATE)-Policen enthalten sind, bei denen Beiträge und Schadenzahlungen normalerweise rückwirkend eintreten.

Schwankungsrückstellung

Der Schwankungsrückstellung wurden aufgrund der Schaden- und Beitragsentwicklung gemäß den Berechnungsvorschriften der RechVersV insgesamt 18.880 T€ (Vj. 14.921 T€) zugeführt. Somit beträgt die Schwankungsrückstellung zum Stichtag 108.229 T€ (Vj. 89.349 T€).

Andere Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen

Die Position berücksichtigt seit dem Jahr 2010 auch die Verrechnung von Anwartschaftsansprüchen aus der Rückdeckungsversicherung gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB. Der Posten zum 31. Dezember 2023 ermittelt sich daher wie folgt:

Pensionsverpflichtungen

(in Tausend Euro)	2023	2022
Erfüllungsbetrag der verdienten Ansprüche	228.765	224.952
davon mit Aktivwertansprüchen verrechenbar	786	841
davon mit Wertpapieren verrechenbar	965	925
Verbleiben	227.014	223.186

Im Erfüllungsbetrag sind Unterdeckungen bei Pensionsfonds enthalten, die Altersversorgungszusagen für Mitarbeitende gewähren und durch die bisherige lang andauernde Niedrigzinsphase im Umfang von 96 T€ (Vj. 120 T€) entstanden sind. Diese wurden nach aktuariellen Grundsätzen ermittelt und als Pensionsverpflichtung ausgewiesen.

Steuerrückstellungen

Steuerrückstellungen für der Höhe und der Fälligkeit nach noch nicht feststehende Ertragssteuerzahlungen waren in Höhe von 1.523 T€ (Vj. 1.158 T€) zu bilden.

Für sonstige Steuern und für bisher nicht geltend gemachte Steuerbeträge aus Betriebsprüfungen wurden 9.803 T€ (Vj. 9.124 T€) zurückgestellt.



Sonstige Rückstellungen

Zum Bilanzstichtag ergaben sich die folgenden sonstigen Rückstellungen:

Sonstige Rückstellungen

(in Tausend Euro)	2023	2022
Ausstehende Vergütungen an Mitarbeiter	26.195	24.138
Ausstehende Provisionszahlungen	22.941	18.823
Ausstehende Eingangsrechnungen	6.285	7.280
Vorruhestand und Altersteilzeitverpflichtungen	7.428	6.287
Jubiläumsverpflichtungen	3.900	4.039
Abfertigungen (Österreich, Slowenien, Griechenland)	2.522	3.110
Steuerzinsen und steuerliche Nebenleistungen	51	655
Ausgleichsansprüche für ausscheidende Vertreter	1.465	1.355
Erfolgs- und Geschäftsplanvergütungen für Vertreter	1.765	1.708
Jahresabschluss- und Betriebsprüfungskosten	1.590	1.841
Abfindungen	733	786
Wettbewerbsauslobungen für den Vertrieb	2.733	1.194
Aufsichtsrats- und Beiratsvergütungen	840	688
Sozialplan- und Umstrukturierungsverpflichtungen	19	21
Kosten für laufende Rechtsstreitigkeiten	329	260
Übrige sonstige Rückstellungen	4.606	4.566
Gesamt	83.404	76.752

Passive Rechnungsabgrenzungsposten

In den passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Disagioträge aus Namensschuldverschreibungen nach § 341c Abs. 2 Satz 1 HGB in Höhe von 0 T€ (Vj. 2 T€) enthalten.



VII. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Verlauf des Versicherungsgeschäfts

(in Tausend Euro)	Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft				Übernommenes Versicherungsgeschäft				Abgegebenes Versicherungsgeschäft		Gesamtes Versicherungsgeschäft			
	Rechts- schutz	Beistands- leistungs- versicherung	Sonstige (versch. finanz. Verluste)	Summe 2023	Summe 2022	Rechts- schutz	Beistands- leistungs- versicherung	Sonstige (versch. finanz. Verluste)	Summe 2023	Summe 2022	Summe 2023	Summe 2022	Summe 2023	Summe 2022
Gebuchte Bruttobeiträge	850.866	62.223	7.508	920.597	860.616	299.710	12.110	299	312.119	309.242	0	0	1.232.716	1.169.859
Verdiente Bruttobeiträge	843.840	61.143	7.549	912.531	851.893	300.394	13.557	327	314.277	304.767	0	0	1.226.809	1.156.660
Verdiente Nettobeiträge	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1.113	951	1.225.696	1.155.709
Aufwendungen für Versicherungsfälle	439.165	32.937	1.028	473.129	428.114	140.299	12.979	70	153.348	147.374	13	-1.134	626.490	574.355
davon Zahlungen für Versicherungsfälle	405.146	33.012	937	439.094	402.783	113.255	13.330	62	126.647	123.673	35	166	565.706	526.290
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	355.068	29.679	4.190	388.936	360.526	150.908	360	240	151.508	151.662	0	0	540.444	512.188
davon Abschlussaufwendungen	120.575	25.328	193	146.096	125.396	819	300	27	1.146	965	0	0	0	0
davon Verwaltungsaufwendungen	234.492	4.351	3.996	242.840	235.130	150.089	60	213	150.362	150.697	0	0	0	0
Veränderung der Schwankungsrückstellung	0	-2.799	-285	-3.084	1.865	-13.888	-1.908	0	-15.796	-16.786	0	0	-18.880	-14.921
Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen und Erträge	1.638	0	0	1.638	1.319	0	0	0	0	0	0	0	1.638	1.319
Versicherungstechnisches Ergebnis	51.246	-4.272	2.047	49.021	66.437	-4.701	-1.690	17	-6.374	-11.056	-1.126	183	41.521	55.563
Versicherungstechnische Rückstellungen:														
Beitragsüberträge	176.532	4.875	3.704	185.111	177.045	48.752	3.140	52	51.943	55.644	0	0	237.054	232.689
Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	1.074.289	15.122	1.008	1.090.419	1.056.384	327.519	2.026	64	329.610	302.347	0	0	1.418.882	1.357.536
Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen	0	8.934	1.375	10.308	7.225	87.444	10.426	51	97.921	82.124	0	0	108.229	89.349
Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	1.065	0	0	1.065	1.080	0	0	0	0	0	0	0	1.065	1.080



In den internationalen Niederlassungen wird das Geschäft zu einem großen Teil (37,9 Prozent, Vj. 40,0 Prozent) als übernommenes Geschäft betrieben. Die in diesem Rahmen gehaltenen Verträge und die damit übernommenen Risiken sind in den oben aufgeführten Zahlen nicht enthalten.

Die gebuchten Bruttobeiträge des selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäfts sind im Umfang von 498.959 T€ (Vj. 471.068 T€) in Deutschland erzielt worden. Aus den übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft sowie anderen Mitgliedstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum wurden Beiträge im Umfang von 418.852 T€ (Vj. 389.549 T€) gebucht. In Drittländern (Vereinigtes Königreich) wurde Geschäft im Umfang von 2.785 T€ (Vj. 0 T€) abgeschlossen. Die gebuchten Bruttobeiträge des übernommenen Versicherungsgeschäfts stammen in voller Höhe aus dem Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft.

Der Versicherungsbestand (Anzahl der Policen) für das selbst abgeschlossene Geschäft stellt sich zum Ende des Berichtsjahres wie folgt dar:

Versicherungsbestand

(in Stück)	2023	2022
National	1.900.156	1.806.980
International	3.250.933	2.946.844
Gesamt	5.151.089	4.753.824

Anzahl der mindestens einjährigen Versicherungsverträge

Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	2023	2022
(in Stück)		
National	1.900.156	1.806.980
International	3.250.933	2.946.844
Gesamt	5.151.089	4.753.824

Herkunft des Versicherungsgeschäfts nach gebuchten Beiträgen

Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	2023	2022
(in Tausend Euro)		
National	498.959	471.068
International	421.637	389.549
Gesamt	920.596	860.617

Zinsen aus Abzinsung

Aus der Abzinsung von langfristigen Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr entstanden Zinserträge in Höhe von 86 T€ (Vj. 16 T€) und Zinsaufwendungen in Höhe von 147 T€ (Vj. 107 T€).

Abwicklungsergebnis

Das Abwicklungsergebnis der letztjährigen Schadenreserve (gesamt) beläuft sich im Berichtsjahr auf einen Gewinn von 20.030 T€ (Vj. 50.362 T€) und beträgt im selbst abgeschlossenen Geschäft 3,1 Prozent (Vj. 4,2 Prozent), bezogen auf die korrespondierende Eingangsreserve.

Sonstige versicherungstechnische Erträge

Die sonstigen versicherungstechnischen Erträge umfassen Erträge aus dem vorgerichtlichen und aus dem gerichtlichen Mahnverfahren im Zusammenhang mit der Beitreibung von überfälligen Forderungen im Versicherungsgeschäft.

Rückversicherungssaldo

Der Saldo aus den abgegebenen Beiträgen an Rückversicherer, dem Anteil der Rückversicherer an den Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle und den Rückversicherungsprovisionen beträgt 1.126 T€ (Vj. – 183 T€) aus der Sicht der Rückversicherer.

Außerordentliches Ergebnis

Im Berichtsjahr entstanden keine außerordentlichen Aufwendungen und Erträge.



Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Ertragsteuern in der Gewinn- und Verlustrechnung entfallen im Umfang von 21.395 T€ (Vj. 19.725 T€) auf das Geschäftsjahr und im Umfang von 57 T€ (Vj. 628 T€) auf Vorjahre.

Zusätzlich ist ein Ertrag aus der Veränderung der latenten Steuersalden in Höhe von 188 T€ (Vj. 1.528 T€) enthalten.

VIII. Sonstige Angaben

Sonstige finanzielle Verpflichtungen und Haftungsverhältnisse nach §§ 251, 285 Nr. 3a HGB

Gemäß § 285 Nr. 3a HGB bestehen zum Bilanzstichtag entsprechend zu berichtende finanzielle Verpflichtungen. Diese setzen sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

Sonstige Angaben ausstehende Einlagen

(in Tausend Euro)	2023
ARAG IT GmbH	1.495
ARAG Legal Services B.V., Leusden, Niederlande	6.977
Foyer-ARAG S.A., Leudelange, Luxemburg	25
Private-Equity- und Infrastrukturfonds (Kapitalanlagen)	3.096
Einzahlungsverpflichtungen insgesamt	11.593

Sonstige finanzielle Verpflichtungen, die nicht im Rahmen des Versicherungsgeschäfts entstanden und für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, sind nicht bekannt. Die ARAG SE ist Gesellschafter der ARAG 2000 Grundstücksgesellschaft eGbR und haftet für Verpflichtungen dieser Gesellschaft gesamtschuldnerisch und unbeschränkt mit ihrem gesamten Vermögen. Eine Inanspruchnahme ist sehr unwahrscheinlich, da die

Gesellschaft zum 31. Dezember 2023 eine Eigenkapitalquote von 87,4 Prozent (67.925 T€) aufweist, über finanzielle Mittel im Umfang von 4.325 T€ verfügt und einen Jahresüberschuss von 3.734 T€ erzielt hat. Der Tochtergesellschaft ARAG plc wurde ein Darlehen über 10,0 Millionen £ zur Finanzierung von Gutachten im Rahmen des After-The-Event-Geschäfts gewährt. Von diesem Darlehensrahmen waren am Bilanzstichtag 3,0 Millionen £ bereits ausgezahlt worden. Der Rest von 7,0 Millionen £ wird kurzfristig abgefordert werden.

Zur Besicherung der Verpflichtungen aus zwei Quoten-Rückversicherungsverträgen mit zwei kanadischen Erstversicherern wurden Sicherheiten gestellt. Wertpapiere mit einem Zeitwert von 69.440 T€ (101,5 Millionen C\$, Vj. 89,2 Millionen C\$) und zwei Bankkonten mit Guthaben von umgerechnet 2.845 T€ (Vj. 8.711 T€) wurden zugunsten der beiden Erstversicherer verpfändet und stehen zur Bedeckung anderer versicherungstechnischer Risiken als zu denen, für die sie zur Besicherung bestimmt sind, nicht zur Verfügung.

Alle ausstehenden Einlagen sind nicht eingefordert. Die ausstehenden Einlagen von verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden kurz- bis mittelfristig nicht eingefordert werden.

Über das verbundene Unternehmen ALIN 1 GmbH & Co. KG wurden mit verschiedenen Private-Equity- und Infrastrukturfonds Investitionsvereinbarungen geschlossen. Die Abrufe der Kapitaleinzahlungen erfolgen nach der zeitlichen Vorgabe durch die Zielfonds. Mit etwas zeitlichem Vorlauf im Vorfeld der Abrufe ist die dafür erforderliche Liquidität bei der Tochtergesellschaft sicherzustellen. Dies erfolgt durch rechtzeitige Einzahlungen in die Kapitalrücklage der ALIN 1 GmbH & Co. KG. Zum 31. Dezember 2023 waren insgesamt 64.750 T€ und 20.812 TUS\$ an Investitionsverpflichtungen noch offen.



Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

(in Tausend Euro)	2023	2022
Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	236.330	202.611
Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	21.610	15.568
Löhne und Gehälter	199.144	188.495
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	36.347	33.652
Aufwendungen für Altersversorgung	27.295	37.097
Aufwendungen insgesamt	520.726	477.423

Für das übernommene Versicherungsgeschäft sind zusätzlich Provisionen im Umfang von 134.200 T€ (Vj. 133.852 T€) aufgewendet worden.

Mitarbeitende

Die Zahl der Mitarbeitenden betrug im Jahresdurchschnitt 3.107 Personen (Vj. 2.967). Hier-von entfielen 1.279 (Vj. 1.135) Mitarbeitende auf die Hauptverwaltung in Düsseldorf und 1.829 (Vj. 1.672) Mitarbeitende auf die internationalen Niederlassungen.

Bezüge des Aufsichtsrats und des Vorstands

Im abgelaufenen Geschäftsjahr beliefen sich die Bezüge des Aufsichtsrats der Gesell-schaft auf 750 T€ (Vj. 600 T€). Für Mitglieder des Vorstands fielen im Berichtsjahr 6.122 T€ (Vj. 5.816 T€) an. An frühere Mitglieder des Vorstands und ihre Hinterbliebenen wurden im Berichtsjahr 3.126 T€ (Vj. 3.167 T€) als Versorgungsbezüge gezahlt. Für laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen früherer Mitglieder des Vorstands und ihrer Hinter-bliebenen wurde eine Rückstellung in Höhe von 53.733 T€ (Vj. 52.621 T€) gebildet.

Die Bezüge des Vorstands wurden zum Teil an andere Konzerngesellschaften wegen der in Personalunion besetzten Organe weiterberechnet. Der Aufwand für den Beirat betrug 90 T€ (Vj. 88 T€).

Honorar des Abschlussprüfers

Mit dem Abschlussprüfer wurde für die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezem-ber 2023 ein Nettohonorar (ohne Umsatzsteuer) in Höhe von insgesamt 687 T€ (Vj. 687 T€) vereinbart. Dieser Betrag ist im Geschäftsjahr 2023 als Aufwand erfasst worden. Sonstige Honorare sind für den Abschlussprüfer für eine betriebswirtschaftliche Beratung im Umfang von 55 T€ angefallen. Die Umsatzsteuer ist jeweils zusätzlich als Aufwand erfasst, da grundsätzlich keine Vorsteuerabzugsberechtigung besteht.

Konzernzugehörigkeit

An der ARAG SE ist die ARAG Holding SE mittelbar mit Mehrheit beteiligt. Damit ist die ARAG SE ein abhängiges Unternehmen im Sinne von § 17 Abs. 1 AktG in Bezug auf die ARAG Holding SE.

Die Gesellschaft ist in den Konzernabschluss der ARAG Holding SE, Düsseldorf, einbe-zogen. Der Konzernabschluss der ARAG Holding SE wird im elektronischen Bundes-anzeiger und im Unternehmensregister des Bundesministeriums der Justiz veröffentlicht. Die Gesellschaft stellt keinen eigenen Konzernabschluss auf, da der Konzernabschluss der ARAG Holding SE befreiende Wirkung nach § 291 HGB entfaltet.



Organe der Gesellschaft

Die Organe der Gesellschaft setzen sich wie folgt zusammen:

Der Aufsichtsrat

Das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer ergibt sich aus § 1 Abs. 1 Drittelbeteiligungsgesetz.

Danach ist der Aufsichtsrat zu einem Drittel mit Arbeitnehmervertretern zu besetzen.

Aufsichtsratsmitglieder der Aktionäre:

Dr. Dr. h. c. Paul-Otto Faßbender	Vorsitzender; Vorstandsvorsitzender der ARAG Holding SE, Rechtsanwalt, Düsseldorf
Gerd Peskes	Stellvertretender Vorsitzender; Wirtschaftsprüfer, Essen
Prof. Dr. Tobias Bürgers	Rechtsanwalt, München
Dr. Michael Pielorz	Rechtsanwalt, Düsseldorf
Prof. Dr. Fred Wagner	Universitätsprofessor, Leipzig
Dr. Sven Wolf	Vorstandsmitglied der ARAG Holding SE, Krefeld

Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer:

Kirsten Rose	Stellvertretende Vorsitzende; Vorsitzende des Betriebsrats der ARAG SE, Düsseldorf
Marco Hoogendam	Syndikusanwalt der ARAG SE, Amersfoort, Niederlande
Wolfgang Platen	Vorsitzender des Betriebsrats der ARAG Allgemeine Versicherungs-AG und der Interlloyd Versicherungs-AG, Mönchengladbach
Der Beirat	
Christoph Buchbender	Vorsitzender; Vorstandsmitglied der Rheinland Holding AG, Neuss
Rainer Gebhart	Stellvertretender Vorsitzender; Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der WWK Lebensversicherung a. G., Rosenheim
Prof. em. Dr. Walter Ackermann	Universitätsprofessor, St. Gallen, Schweiz
Dr. Cathrin Müller-Brosch	Kanzlerin der Robert-Schumann-Hochschule Düsseldorf, Neuss (seit 26. April 2023)
Prof. Dr. Dres. h. c. Rolf Dubs	Universitätsprofessor, Arbon, Schweiz
Prof. Dr. rer. publ. Christoph Frei	Titularprofessor für Politische Ideengeschichte und Internationale Beziehungen an der Universität St. Gallen, St. Gallen, Schweiz (seit 16. Juni 2023)



Werner Gremmelmaier	Vorstandsmitglied der uniVersa Lebensversicherung a. G., Nürnberg
Volker Streck	Vorstandsvorsitzender der Helvetia Versicherungen/Direktion für Deutschland, Frankfurt/Main
Hans Schwarz	Ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Stadtsparkasse Düsseldorf i. R., Düsseldorf
Carl-Ludwig Thiele	Rechtsanwalt, ehemaliges Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank i. R., Osnabrück
André Wüstner	Bundvorsitzender des Deutschen Bundeswehrverbands, Berlin
Prof. Dr. Christian Zwirner	Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, Geschäftsführer der Dr. Kleeberg & Partner GmbH, München

Der Vorstand

Dr. Renko Dirksen	Vorstandssprecher; Ressort Zentrale Konzernfunktionen
Dr. Matthias Maslaton	Ressort Konzern Vertrieb, Produkt und Innovation
Wolfgang Mathmann	Ressort Konzern Finanzen
Dr. Shiva Meyer	Ressort Konzern Human Resources/ Group Internal Audit (seit 2. April 2023)
Hanno Petersen	Ressort Konzern IT und Operations
Dr. Joerg Schwarze	Ressort Konzern Risikomanagement und Konzern Controlling
Dr. Werenfried Wendler	Ressort Konzern Human Resources/ Group Internal Audit (bis 2. April 2023)



IX. Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Geschäftsjahres 2023 sind mit Ausnahme des unten berichteten Anteilskaufs keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten. Die bisherige Geschäftsentwicklung im Geschäftsjahr 2024 verläuft erwartungsgemäß.

Mit Anteilskauf- und Übertragungsvertrag vom 14. Juli 2023 erwarb die ARAG SE, Düsseldorf, 100 Prozent der Anteile an der DAS UK Holdings Limited (DAS Holding) mit Sitz in Bedwas, Caerphilly, Wales. Der Gegenstand des Unternehmens ist das Halten und die Verwaltung von Beteiligungen. Das Unternehmen hält 100 Prozent der Anteile an den folgenden Unternehmen:

- DAS Legal Expenses Insurance Company Limited (DAS LEI) mit Sitz in Bedwas, Caerphilly, Wales; Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb der Nicht-Lebensversicherung;
- DAS Law Limited (DAS Law) mit Sitz in Bedwas, Caerphilly, Wales; Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Rechtsdienstleistungen im Zusammenhang mit Ansprüchen, die sich bei der DAS LEI ergeben;
- DAS Services Limited (DAS Services) mit Sitz in Bedwas, Caerphilly, Wales; Gegenstand des Unternehmens sind Verwaltungsdienstleistungen für die Gruppe.

Der Vollzug der Transaktion erfolgte nach dem Bilanzstichtag am 2. Januar 2024.

Wesentliche Einflüsse auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben sich dadurch für das laufende Geschäftsjahr nicht. Es ist mit einer starken Umsatzerhöhung ab dem Jahr 2024 zu rechnen.



X. Ergebnisverwendung

Der Bilanzgewinn stellt sich – vor Verwendungsbeschluss – wie folgt dar:

Bilanzgewinn

(in Tausend Euro)	2023
Jahresüberschuss	21.883
Dividendenausschüttung	0
Einstellung in die anderen Gewinnrücklagen	0
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	40
Bilanzgewinn	21.923

Es wird vorgeschlagen, aus diesem Bilanzgewinn eine Dividende an die Aktionäre in Höhe von 20.000 T€ zu gewähren. Ein Betrag von 1.900 T€ ist zur Einstellung in die anderen Gewinnrücklagen vorgesehen. Der Restbetrag von 23 T€ soll auf neue Rechnung vorge-tragen werden.

Düsseldorf, den 19. März 2024

ARAG SE

Der Vorstand

Dr. Renko Dirksen (Sprecher)

Dr. Matthias Maslaton

Wolfgang Mathmann

Dr. Shiva Meyer

Hanno Petersen

Dr. Joerg Schwarze



WEITERE INFORMATIONEN



I. Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die ARAG SE, Düsseldorf

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der ARAG SE, Düsseldorf, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der ARAG SE für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 geprüft.

Die im Abschnitt „Sonstige Informationen“ unseres Bestätigungsvermerks genannten Bestandteile des Lageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 und

- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der im Abschnitt „Sonstige Informationen“ genannten Bestandteile des Lageberichts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.



Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Bewertung der in der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft enthaltenen Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle

Hinsichtlich der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze verweisen wir auf die Erläuterungen im Anhang der Gesellschaft im Abschnitt IV. Risikoangaben sind im Lagebericht in Abschnitt V. enthalten.

DAS RISIKO FÜR DEN ABSCHLUSS

Die Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft beträgt EUR 1.090,4 Mio. Dies entspricht 39,9 % der Bilanzsumme; hieraus ergibt sich ein wesentlicher Einfluss auf die Vermögenslage der Gesellschaft.

Die Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle setzt sich aus verschiedenen Teilschadenrückstellungen zusammen. Die Rückstellungen für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle des selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäfts bilden hiervon den wesentlichen Teil.

Die Bewertung der Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle unterliegt Unsicherheiten hinsichtlich der voraussichtlichen Schadenhöhe und ist daher insbesondere bezogen auf die unbekanntesten Versicherungsfälle stark ermessensbehaftet. Die Schätzung darf nach handelsrechtlichen Grundsätzen nicht risikoneutral im Sinne einer Gleichgewichtung von Chancen und Risiken durchgeführt werden, sondern hat unter Beachtung des Vorsichtsprinzips (§ 341e Abs. 1 Satz 1 HGB) zu erfolgen.

Die Bewertung der Rückstellung für bekannte Versicherungsfälle erfolgt für Versicherungsfälle in Abhängigkeit vom jeweiligen Geschäftsmodell im In- bzw. Ausland nach einem Gruppenbewertungsverfahren, nach anerkannten versicherungsmathematischen Verfahren sowie einzelfallbezogen, getrennt nach den einzelnen Schadenanfalljahren. Für eingetretene, aber noch nicht gemeldete (unbekannte) Schadenfälle werden Spätschadenrückstellungen gebildet, die überwiegend nach Erfahrungssätzen berechnet wurden; dabei kommen anerkannte versicherungsmathematische Verfahren zur Anwendung.

Das Risiko für den Abschluss besteht bei den zum Bilanzstichtag bereits bekannten Schadenfällen darin, dass die noch zu erwartenden Schadenzahlungen nicht in zutreffender Höhe zurückgestellt werden. Bei den unbekanntesten Schadenfällen besteht daneben das Risiko, dass diese nicht in zutreffendem Umfang geschätzt werden.

UNSERE VORGEHENSWEISE IN DER PRÜFUNG

Bei der Prüfung der Rückstellung für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle haben wir (als Teil des Prüfungsteams) eigene Aktuare eingesetzt und risikoorientiert insbesondere folgende wesentlichen Prüfungshandlungen durchgeführt:

- Wir haben uns einen grundlegenden Überblick über den Prozess zur Ermittlung der Rückstellungen verschafft, wesentliche Prozessrisiken und die sie abdeckenden Kontrollen identifiziert und die identifizierten Kontrollen auf ihre Angemessenheit und Wirksamkeit hin getestet. Wir haben uns insbesondere davon überzeugt, dass die Kontrollen, mit denen die korrekte Bewertung sichergestellt werden sollen, sachgerecht aufgebaut sind und wirksam durchgeführt werden.
- Auf Basis einer bewussten Auswahl haben wir uns von der Ordnungsmäßigkeit der Aktenführung entsprechend der Vorgaben der Gesellschaft überzeugt und die Höhe einzelner, bekannter Schadenrückstellungen anhand der Aktenlage nachvollzogen.
- Wir haben das modifizierte Gruppenbewertungsverfahren für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle (aktuarielles Schätzverfahren) auf Angemessenheit hin beurteilt. Dabei haben wir insbesondere die Herleitung der geschätzten Anzahl der Schäden und deren Höhe auf der Grundlage historischer Erfahrungen und aktueller Entwicklungen gewürdigt.



- Die tatsächliche Entwicklung der im Vorjahr gebuchten Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle haben wir anhand der Abwicklungsergebnisse analysiert.
- Anhand eines Zeitreihenvergleichs insbesondere von Schadenstückzahlen, Schadenhäufigkeiten und durchschnittlichen Schadenhöhen sowie der Geschäftsjahres- und bilanziellen Schadenquoten haben wir die Entwicklung der Schadenrückstellung für die Sparte Rechtsschutz im In- und Ausland analysiert.
- Wir haben eigene aktuarielle Reserveberechnungen für ausgewählte Segmente im In- und Ausland durchgeführt, die wir auf Basis von Risikoüberlegungen ausgewählt haben. Hierbei haben wir jeweils eine Punktschätzung für den Gesamtschadenaufwand mithilfe von statistischen Wahrscheinlichkeiten bestimmt und diese mit den Berechnungen der Gesellschaft verglichen.

UNSERE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die verwendeten Methoden zur Bewertung der in der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft enthaltenen Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle sind sachgerecht, stehen im Einklang mit den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen und wurden korrekt angewendet. Die zugrunde liegenden Annahmen wurden in geeigneter Weise abgeleitet.

Sonstige Informationen

Der Vorstand bzw. der Aufsichtsrat ist für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die folgenden nicht inhaltlich geprüften Bestandteile des Lageberichts:

- den uns voraussichtlich nach dem Datum dieses Bestätigungsvermerks zur Verfügung zu stellenden gesonderten nichtfinanziellen Bericht, auf den im Lagebericht Bezug genommen wird, und
- die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote), die in Abschnitt „III. Geschäftsverlauf“ des Lageberichts enthalten ist.

Die sonstigen Informationen umfassen zudem die übrigen Teile des Geschäftsberichts. Die sonstigen Informationen umfassen nicht den Jahresabschluss, die inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben sowie unseren dazugehörigen Bestätigungsvermerk.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Falls wir auf Grundlage der von uns zu den vor dem Datum dieses Bestätigungsvermerks erlangten sonstigen Informationen durchgeführten Arbeiten zu dem Schluss gelangen, dass eine wesentliche falsche Darstellung dieser sonstigen Informationen vorliegt, sind wir verpflichtet, über diese Tatsache zu berichten. Wir haben in diesem Zusammenhang nichts zu berichten.

Verantwortung des Vorstands und des Aufsichtsrats für den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht

Der Vorstand ist verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner ist der Vorstand verantwortlich für die internen Kontrollen, die er in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt hat, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der



frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses ist der Vorstand dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren hat er die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus ist er dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem ist der Vorstand verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner ist der Vorstand verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die er als notwendig erachtet hat, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungs-

vermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der vom Vorstand angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der vom Vorstand dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.



- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des vom Vorstand angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den vom Vorstand dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben vom Vorstand zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und sofern einschlägig, die zur Beseitigung von Unabhängigkeitsgefährdungen vorgenommenen Handlungen oder ergriffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 26. April 2023 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 28. September 2023 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2020 als Abschlussprüfer der ARAG SE tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.



Wir haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht des geprüften Unternehmens angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für das geprüfte Unternehmen bzw. für die von diesem beherrschten Unternehmen erbracht:

Für das geprüfte Unternehmen haben wir die Prüfung der Solvabilitätsübersicht und des Abhängigkeitsberichts zum 31. Dezember 2023 erbracht. Hinzu kamen zwei Prüfungsleistungen (Agreed upon procedures) im Zusammenhang mit Beitragsmeldungen der niederländischen Niederlassung an den Terrorpool und an den Versicherungsverband sowie eine prüfungsnah Zusatzleistung (Stellungnahmen zu Rechnungslegungsfragen im ARAG-Konzern). Für beherrschte Unternehmen erfolgte die Prüfung von Solvabilitätsübersichten, Prüfung und prüferische Durchsichten von Jahresabschlüssen sowie die Prüfung eines Abhängigkeitsberichts, jeweils zum 31. Dezember 2023.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Thorsten Klitsch.

Köln, den 25. März 2024

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Klitsch
Wirtschaftsprüfer

gez. Bramkamp
Wirtschaftsprüfer



II. Bericht des Aufsichtsrats

Im Berichtsjahr hat der Aufsichtsrat die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben wahrgenommen. Er hat die Geschäftsführung des Vorstands kontinuierlich überwacht sowie beratend begleitet und war in alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen unmittelbar eingebunden. Der Vorstand unterrichtete den Aufsichtsrat regelmäßig, sowohl schriftlich als auch mündlich, zeitnah und umfassend über die wirtschaftliche Lage und die Entwicklung der Gesellschaft und deren Tochtergesellschaften, die vorgesehene Geschäftspolitik, die Unternehmensplanung, die Risikolage und das Risikomanagement sowie über bedeutende Einzelvorgänge. Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den Plänen und Zielen wurden vom Vorstand im Einzelnen erläutert und vom Aufsichtsrat zur Kenntnis genommen und hinterfragt. Soweit für Geschäftsführungsmaßnahmen nach Gesetz oder anderen Regelungen eine Zustimmung des Aufsichtsrats erforderlich war, hat der Aufsichtsrat die dazu erforderlichen Informationen vom Vorstand in Gestalt entsprechender Berichte erhalten. Der Aufsichtsrat hat diese Berichte in seinen Sitzungen umfassend erörtert und mit dem Vorstand beraten sowie die erforderlichen Entscheidungen getroffen.

Der Aufsichtsrat trat im vergangenen Geschäftsjahr in vier ordentlichen Sitzungen sowie einer außerordentlichen Sitzung zusammen und konnte sich dabei von der Ordnung- und Zweckmäßigkeit der Geschäftsführung des Vorstands überzeugen. Des Weiteren trat der Aufsichtsrat einmal, im Anschluss an die Hauptversammlung, zur konstituierenden Sitzung des Gremiums und seiner Ausschüsse zusammen. Die Sitzungen fanden als Präsenzsitzungen statt. Der Aufsichtsratsvorsitzende ließ sich in regelmäßigen Gesprächsterminen mit dem Sprecher des Vorstands vom Geschäftsverlauf des Konzerns und seiner Einzelgesellschaften berichten. Wesentliche Entwicklungen wurden dem Aufsichtsratsvorsitzenden tagesaktuell mitgeteilt. Dem Aufsichtsrat wurde regelmäßig ein schriftlicher Controllingbericht zu gebuchten Beiträgen, externen Schadenzahlungen und Provisionen zur Verfügung gestellt.

Die Tätigkeit des Aufsichtsrats wurde im Berichtsjahr maßgeblich durch die geopolitische Lage sowie die Inflation und die damit verbundenen Auswirkungen auf das Geschäft und den Geschäftsbetrieb der Gesellschaft geprägt. Der Aufsichtsrat ließ sich vom Vorstand insbesondere über die Auswirkungen der Inflation und die direkten Auswirkungen auf die Kapitalanlage sowie über die Gesundheitsschutzmaßnahmen in der Gesellschaft fortlaufend berichten.

In den Aufsichtsratssitzungen im Geschäftsjahr 2023 wurden Berichte über den Stand der Vorbereitungen zur Umsetzung der globalen Mindeststeuer sowie das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz behandelt. Der Aufsichtsrat beschäftigte sich außerdem mit den Veränderungen an den Immobilienmärkten, dem geplanten Erwerb der DAS UK sowie einer Vorstellung der Niederlassung in Spanien. Er ließ sich über das Ergebnis der Konzernrevision zur Sanktionslistenprüfung, die Risiken aus Stagflation und Kapitalmarktschocks sowie den aktuellen und geplanten Einsatz künstlicher Intelligenz und entsprechender Compliance- und Monitoringsysteme berichten. Zudem beschloss der Aufsichtsrat die Wiederbestellung von Hanno Petersen und Wolfgang Mathmann als Vorstandsmitglieder der Gesellschaft und fasste einen Beschlussvorschlag für die Hauptversammlung zur Wahl von Beiratsmitgliedern. Weitere Themen in den Aufsichtsratssitzungen im Berichtsjahr waren insbesondere die Regelberichte über die Geschäftsentwicklung der Gesellschaft einschließlich ihrer internationalen Niederlassungen und Beteiligungen sowie die Entwicklung des Kapitalmarkts.

Weiter wurden die Quartalsergebnisse nach dem Handelsgesetzbuch (HGB) sowie die Erwartungsrechnung zum Jahresende vorgestellt. Der Aufsichtsrat verabschiedete die strategische Planung für die Jahre 2024 bis 2026 und stimmte der Aktualisierung der Allgemeinen Kapitalanlagerichtlinie zu. Des Weiteren verabschiedete der Aufsichtsrat den Entwicklungsplan für das Gremium für das Jahr 2024 und beschäftigte sich mit der Angemessenheit der Vorstandsbezüge, der Struktur der Vergütungssysteme sowie der Führungskräftestatistik.



Der Aufsichtsratsvorsitzende informierte in den ordentlichen Aufsichtsratssitzungen jeweils über die Arbeit in den gebildeten Ausschüssen für Personal-, Finanz- sowie für Bilanz- und Prüfungsangelegenheiten.

Der vom Vorstand nach den handelsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften für Versicherungsunternehmen aufgestellte Jahresabschluss und der Lagebericht sind unter Einbeziehung der Buchführung von dem durch die Hauptversammlung am 26. April 2023 gewählten und beauftragten Abschlussprüfer, die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Köln, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden.

Die vorgenannten Unterlagen, der Geschäftsbericht, der Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns und der Bericht des Abschlussprüfers sind allen Mitgliedern des Aufsichtsrats rechtzeitig vor der Sitzung des Aufsichtsrats am 25. April 2024 ausgehändigt worden. Die Unterlagen wurden in der Sitzung vom Vorstand zusätzlich mündlich erläutert. Die Wirtschaftsprüfer, die den Prüfungsbericht unterzeichnet haben, nahmen an den Beratungen des Aufsichtsrats und des Bilanz- und Prüfungsausschusses über die Vorlagen teil, berichteten über die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung und standen darüber hinaus für ergänzende Auskünfte zur Verfügung.

Der Bilanz- und Prüfungsausschuss hatte sich vor der Sitzung des Aufsichtsrats eingehend mit diesen Unterlagen befasst und dem Aufsichtsrat eine Billigung des Jahresabschlusses und des Lageberichts empfohlen. Zudem wurde dem Aufsichtsrat durch KPMG die Prüfungsplanung eingehend vorgestellt.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns geprüft. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung sind keine Einwendungen zu erheben. Der Aufsichtsrat hat nach eigener Prüfung und unter Berücksichtigung des Berichts des Bilanz- und Prüfungsausschusses dem Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts durch den Abschlussprüfer zugestimmt. Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss sowie den Lagebericht gebilligt

und damit den Jahresabschluss sowie den Lagebericht festgestellt. Er schließt sich dem Vorschlag des Vorstands für die Verwendung des Bilanzgewinns an. Der Aufsichtsrat schlägt der Hauptversammlung vor, den Mitgliedern des Vorstands Entlastung zu erteilen.

Der vom Vorstand gemäß § 312 Aktiengesetz (AktG) vorgelegte Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen wurde ebenfalls geprüft. Die Prüfung umfasste die Vollständigkeit und Richtigkeit der Angaben in dem Bericht auf der Grundlage des Rechts auf Einsichtnahme in die Bücher und Schriften der Gesellschaft und der durch den Vorstand vorgelegten Berichte und Informationen. Beanstandungen ergaben sich durch die Prüfung nicht.

Der Abschlussprüfer hat den Bericht des Vorstands nach § 312 AktG ebenfalls geprüft und erteilt folgenden Bestätigungsvermerk:

„Nach unserer pflichtgemäßen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war oder Nachteile ausgeglichen worden sind,
3. bei den im Bericht aufgeführten Maßnahmen keine Umstände für eine wesentlich andere Beurteilung als die durch den Vorstand sprechen.“

Dieser Beurteilung schließt sich der Aufsichtsrat an. Gegen die Erklärung des Vorstands zu den Beziehungen zu verbundenen Unternehmen am Schluss des Berichts erhebt der Aufsichtsrat nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung keine Einwendungen.

Der Aufsichtsrat spricht dem Vorstand sowie allen Mitarbeitenden für die im abgelaufenen Geschäftsjahr geleistete Arbeit Dank und Anerkennung aus.



Düsseldorf, den 25. April 2024

ARAG SE

Der Aufsichtsrat

Dr. Dr. h. c. Paul-Otto Faßbender
(Vorsitzender)

Gerd Peskes
(stellvertretender Vorsitzender)

Kirsten Rose
(stellvertretende Vorsitzende)

Prof. Dr. Tobias Bürgers

Marco Hoogendam

Dr. Michael Pielorz

Wolfgang Platen

Prof. Dr. Fred Wagner

Dr. Sven Wolf



III. Impressum

Herausgeber

ARAG Konzernkommunikation/Marketing
ARAG Platz 1
40472 Düsseldorf
medien@arag.de

Redaktion

Dr. Christine Helbig
ARAG Konzernkommunikation/Marketing

Konzept, Gestaltung und Umsetzung

HGB Hamburger Geschäftsberichte GmbH & Co. KG

Danksagung

Wir bedanken uns bei unseren Kollegen und Partnern für ihr tatkräftiges Mitwirken bei der Erstellung des Berichts.

Hinweise

Aus rechentechnischen Gründen können im Geschäftsbericht Rundungsdifferenzen in Höhe von \pm einer Einheit (Währung, Prozent) auftreten.

Für eine bessere Lesbarkeit wird in diesem Bericht auf eine geschlechterspezifische Differenzierung verzichtet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung. Die verkürzte Sprachform hat redaktionelle Gründe und beinhaltet keine Wertung. Ohne Satz- und Sonderzeichen (zum Beispiel Doppelpunkt etc.) lassen sich zudem Texte blinden und sehbehinderten Menschen durch Computersysteme flüssiger vorlesen.

Im Internet erhalten Sie aktuelle Informationen zum Konzern über unsere Homepage www.ARAG.com und zu unseren Produkten über unsere Seite www.ARAG.de.

